Einzelpreis 15 Pfennig.

Volksstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Muller. Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau. Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. —

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 24. Magdeburg, Dienstag den 29. Januar 1924. 35. Jahrgang.

Macdonald klagt Frankreich an.

Der Direktor des Pariser „Quotidien" hatte eine Unterredung mit Ramsay Macdonald, die das gesamte Gebiet der Außenpolitik, insbesondere auf das Verhältnis Englands zu Frankreich und die dieses Verhältnis besonders berührenden Fragen, namentlich auch im Hinblick auf Deutschland umfaßte. Der neue englische Ministerpräsident sagte:

In England wirft man Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unsrer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, die heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höhern Interessen Europas genommen habe und daß es gar keine Rücksicht auf die besondern Interessen Englands nimmt. Außerdem wird nach der allgemeinen Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Bewaffnung angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Frankreich entnervt unser Volk, das sich in aller Aufrichtigkeit fragt, ob es sich nicht in die Notwendigkeit versetzt sieht, seinerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und neue Allianzen zu suchen.

Macdonald sagte weiter, er wolle nicht von der Beunruhigung sprechen, die die Geschäftsleute und die Arbeiter angesichts gewisser größerer industrieller Kombinationen hätten, deren Vorhandensein man meldet und die gegen England gerichtet zu sein scheinen. Er wolle auch nicht von der Beunruhigung für die eigne Sicherheit sprechen, die von Engländern angesichts der ungeheuern Luftrüstungen Frankreichs empfunden werde. Aber er müsse sagen, daß die besten Geister beunruhigt und mißtrauisch seien.

Macdonald erklärte alsdann, er glaube nicht, daß die Sachverständigenausschüsse in dem engen Rahmen, den man ihrer Aktion gegeben habe, befriedigende Lösungen schaffen könnten. Auf die Frage, ob die englische Regierung vorschlagen werde, den Ausschüssen einen größern Spielraum zu gewähren, antwortete Macdonald:

Wir werden abwarten, bis die Ausschüsse selbst dies verlangen. Wenn sie es tun, werden wir wahrscheinlich ihre Forderungen unterstützen.

Der Interviewer fragte weiter, wenn die Berichte der Sachverständigenausschüsse vorliegen, werde dann die englische Regierung hinsichtlich der Reparationszahlungen und der Sicherheit Frankreichs der französischen Regierung bestimmte Vorschläge unterbreiten? Auf diese Frage gab Macdonald folgende Antwort:

Obwohl ich ganz bestimmte Ansichten über die beiden Fragen habe, glaube ich, mich noch nicht offen auf diese oder jene Prozedur festlegen zu können, ohne vorher mit meinen Kollegen verhandelt zu haben. Ich zögere aber nicht, zu erklären, daß nach meiner innersten Ueberzeugung auch die stärksten Rüstungen Frankreichs niemals genügen werden, die Sicherheit des französischen Gebiets zu gewährleisten. Ich wünsche, daß Frankreich aufhört, sein Vertrauen einzig und allein auf die militärische Macht zu gründen, und daß es bereit ist, welch größern Schutz es im Völkerbund finden könnte.

Auf die Frage, ob, wenn die französisch-englischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, die englische Regierung den Streitfall vor den Völkerbund bringen werde, erklärte Macdonald, er hoffe auf eine Verständigung mit Frankreich. Auf die Bemerkung, daß auch Poincaré in Frankreich Gegner seiner Politik habe, daß diese aber glaubten, eine Räumung des Ruhrgebiets sei nicht möglich, bevor andre Bürgschaften geschaffen seien, antwortete der englische Premierminister:

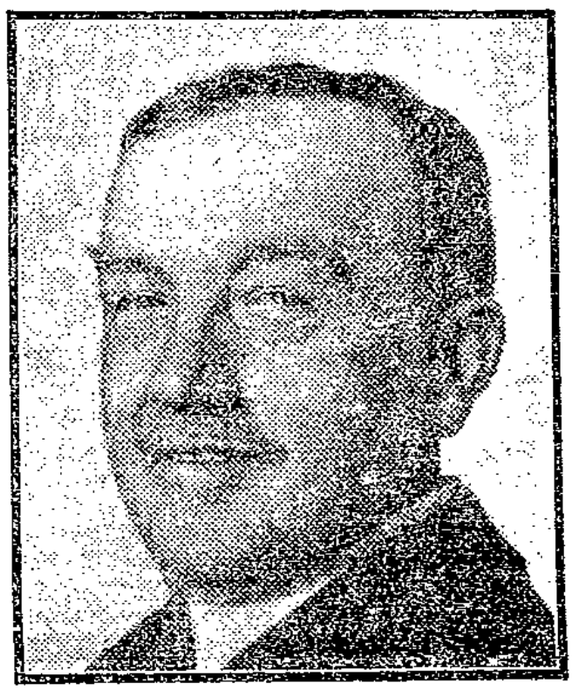
Das weiß ich. Aber wir werden demnächst der Realitäten gegenübergestellt werden, oder wir werden uns an den Abgrund führen lassen. Die französische Ruhrbesetzung bringt keinen Vorteil, weder Frankreich, noch England, noch irgend jemand, aber sie birgt in sich die Keime für alle möglichen Kalamitäten. Man spricht von Sicherheiten, aber wenn der augenblickliche Zustand andauerte, wird man, ehe 20 Jahre vergangen sind, sehen, welcher Art von Sicherheiten die Ruhrbesetzung Frankreich gegeben hat. Wir müssen an die Zukunft und an die Erhaltung des Weltfriedens denken. Wir dürfen weder die materiellen noch die psychologischen Faktoren außer acht lassen. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß man auf längere Zeit ungestraft eine Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihrem Stolz erniedrigen kann.

Auf die Frage, ob Macdonald der Ansicht sei, daß die deutschen Demokraten aufrichtige Pazifisten und aufrichtig geneigt seien, Reparationen zu zahlen, antwortete er, er sei dessen sicher. Auf die fernere Frage, ob die Demokratie bald die reaktionären Parteien in Deutschland beherrschen könne, antwortete Macdonald:

Wir Arbeiter haben die Absicht, eine Politik zu betreiben, die, soweit es in unsrer Macht liegt, der deutschen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert. Wenn man beharrlich eine Politik betreibt, durch die man den deutschen Reaktionären in die Hand fällt, dann wäre das eine Torheit, die allen teuer zu stehen käme, den Franzosen, den Engländern und ganz Europa.

Auf diese Frage nach der Meinung Macdonalds über die separatistische Bewegung im Rheinland und in der Pfalz antwortete dieser, seine Ansicht sei sehr einfach und die von ganz England:

Wenn eine separatistische Bewegung spontan aufsteigt, dann geht uns das gar nichts an. Aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind



Henderson,
der bisherige Generalsekretär der englischen Arbeiterpartei, ehemalig Gießereiarbeiter,
der neue Innenminister Englands.

wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist, und wir werden uns hier formell weigern, die separatistische Regierung anzuerkennen, die mit solchen Mitteln eingesetzt worden ist.

Diese Anklagen des englischen Premierministers werden in Frankreich schnell ein aufmerksames Ohr finden. Denn im französischen Parlament tobt seit Freitag der Redekampf um den gesunkenen Franken. Poincaré steht mitten in der Schlacht. Seine Gegner werden die Worte seines neuen englischen Kollegen in der Kammer benutzen und den französischen Ministerpräsidenten dadurch in die Enge treiben.

Für den Augenblick hat der französische Imperialist noch nichts zu befürchten. Die Mehrheit der Kammer besteht aus seinen Mitschuldigen. Diese sind natürlich nicht gesonnen, ihren Führer so schnell im Stiche zu lassen, weil sie sich selbst dadurch aufgeben würden. Ihre Redner machen es daher genau so wie Poincaré selbst: sie beschuldigen andre und denken nicht an sich selbst. Aber der Frank wird dadurch nicht gehoben. Mit Redeln ist einer schwindenden Währung nicht beizukommen. Das weiß niemand besser als der Deutsche aus einer jahrelangen Erfahrung. Für ein vernünftiges Handeln aber sind die Poincaristen noch nicht reif. Sie denken noch nicht daran, ihre Eroberungspolitik gegen Deutschland aufzugeben. Der Frank wird daher weiter fallen trotz aller künstlichen Stützungsaktionen, die mit dem großen Goldschatz der Bank von Frankreich noch versucht werden.

Gut Ding will Weile haben. Die Heilung von nationalistischen Irrtümern erst recht. Der Verfall der französischen Währung wird allmählich wie Arznei wirken und die überhitzten Militaristen jenseits des Rheins beträchtlich abkühlen. In dieser Richtung wirken auch die Worte und Anklagen des neuen englischen Ministerpräsidenten. Im Interesse der endlichen Befriedung Europas sind sie daher zu begrüßen. —

Lenins Bestattung.

Am Sonntag mittag ist in Moskau der verstorbene Führer der Bolschewisten feierlich beigesetzt worden. Provisorisch. Denn die eigentliche Grabstätte wird erst noch gebaut. Sie wird Maße erhalten, die ins Gigantische gehen. Die Mitarbeiter und Nachfolger des toten Führers treiben mit seinem Andenken eine Art Heiligenkult. Sie kommen damit der mystisch-religiösen Grundstimmung der russischen Bauern und Arbeiter bewußt rechnend entgegen. Sie wissen, wie man dort Eindruck auf das Volk macht, und handeln danach. Das westeuropäische klassenbewußte Proletariat ehrt seine Führer anders wie die Sowjetmachthaber es für Rußland vorschreiben.

Man lese und staune:

Am Sonntag herrschte in Moskau große Kälte: 30 Grad unter Null, so daß auf Anweisung der Regierung die Mitnahme von Kindern zu den Begräbnisfeierlichkeiten verboten wurde. Die Leiche Lenins wurde früh um 9 Uhr auf dem Roten Platz aufgebahrt. Um 10 Uhr begann der Vorbeimarsch, der bis mittags 2 Uhr dauerte.

Pünktlich um 2 Uhr wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjet-Union Gewehrsalven abgeschossen. Alle Fabriken und Betriebe salutierten mit ihren Sirenen, die Eisenbahn stand fünf Minuten still, der Telegraph und die Radiostationen unterbrachen ihre Arbeit für fünf Minuten und gaben überallhin die Worte wieder: „Lenin ist tot, aber sein Werk wird ewig leben." Das drahtlose Telephon spielte einen Trauermarsch.

Die feierliche Trauersitzung des Rätekongresses, in der auch Frau Lenin das Wort ergriff, faßte Beschlüsse zur bleibenden Erinnerung an Lenin. So wurde die Umbenennung Petrograds (Petersburg) in Leningrad beschlossen; ferner sollen in allen Großstädten Denkmäler Lenins errichtet, eine billige Volksausgabe der Werke Lenins in allen Sprachen herausgegeben, und ein Unterstützungsfonds für verwahrloste Kinder errichtet werden.

Die Nachfolgefrage ist bisher noch nicht entschieden. Stalin, Rykoff, Bucharin und Kamenew stehen im Vordergrunde; es ist aber möglich, daß der Premierposten durch ein Kollegium ersetzt wird.

An Lenins Leichnam defilierten bisher über eine Million Menschen vorüber. Eine Delegation der Arbeiterschaft machte der Regierung den Vorschlag, der Hauptstadt den Doppelnamen Moskau-Lenin zu geben. Während der Beisetzungsfeier wurden auf allen Plätzen und Straßen in Hunderttausenden von Exemplaren Reden Lenins unentgeltlich verteilt, ebenso metallne Abzeichen, die Lenin auf der Erdkugel stehend als Regner zeigen.

Auf dem Roten Platze wird das Mausoleum errichtet, das an Monumentalität einzigartig sein wird. Den Unterbau wird ein Kolossalwürfel bilden als Ewigkeitssymbol. Das Innere der Riesenhalle wird große Massen Menschen aufnehmen können. Den Plafond wird ein Spiegeldom bilden mit zwei Riesenventilatoren, die Tag und Nacht in Tätigkeit sein sollen, damit die Temperatur im Raum auf Null gehalten werden kann. Die Leiche soll monatelang zur Besichtigung ausgestellt bleiben und die kalte Temperatur dazu beitragen, die einbalsamierte Leiche zu konservieren. Eine eigenartige Beleuchtung wird angelegt und ein schwarzrot getäfelter Fußboden.

Nach der monatelangen Ausstellung der Leiche wird Lenin in dem neuen Krematorium verbrannt werden. Da das Grab mit der Asche in die Mauer des Kreml eingelassen wird, muß man Sprengungen vornehmen, um das mittelalterlich schwere Gemäuer aufzubrechen.

Die Trauersitzung des Rätekongresses hat am Sonnabend im Großen Theater stattgefunden. —

Drohungen gegen die Eisenbahner.

Das Vorgehen des Eisenbahnministers Oeser bei der Neureglung der Arbeitszeit auf der Reichsbahn hat innerhalb der Arbeiter- und Beamtenschaft eine starke Erregung hervorgerufen. Der Vorstand des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbandes hat wiederholt dem Reichsverkehrsminister gegenüber die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß mit der diktierten Arbeitszeitreglung eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht möglich ist. Darüber hinaus beschäftigte er sich mit der Frage, wie Maßnahmen des Verkehrsministers im Interesse des Landes und der Arbeiter bzw. Angestellten und Beamten abgewehrt werden können. Diese Erwägungen führten zu dem Beschluß, unter der mehrere hunderttausend Personen zählenden Mitgliedschaft eine Urabstimmung darüber stattfinden zu lassen, ob die Arbeitszeitreglung des Ministers Oeser mit einem Streike beantwortet werden soll.

Noch bevor die Abstimmung zu Ende geführt ist, läßt der Reichsverkehrsminister mitteilen, daß seine Stellung zu einem Streike nicht zweifelhaft sein dürfte. Vielleicht schaltet er sich im Eventualfall ebenfalls aus und überläßt den Herren des Ausnahmezustandes auch noch das Regiment über die Eisenbahnen. Jedenfalls hat er der Sache mit seiner Drohung einen schlechten Dienst erwiesen. —

Wer wollte Seeckt ermorden?

Die Verhaftungen in der völkischen Zunft, die den General Seeckt vom Pferde schießen lassen wollte, hat anscheinend den Behörden Fäden in die Hand gegeben, deren Aufwicklung die Enthüllung eines umfassenden völkischen Aufstandes bedeutet.

Der Augsburger Fabrikant Dr. Grandel, der Hintermann der Thormann und Genossen, hat bei der Vernehmung den Justizrat Claß, den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, als den eigentlichen Urheber des Mordplans und der damit verbundenen politischen Umsturzpläne bezeichnet. Claß stand mit dem in Schutzhaft genommenen Privatdozenten Brehmer in Verbindung, der in einem Schreiben an einen — bisher noch nicht mit Namen benannten — Magdeburger Parteifreund Andeutungen über einen bevorstehenden Putsch machte. Ueber dieses Schreiben soll Claß sehr eingehend vernommen worden sein. Nach den bisherigen Ermittlungen steht fest, daß Claß mit dem Grandel schon längere Zeit regen Meinungsaustausch pflegte.

An der Art der amtlichen Feststellungen wird mancherlei gerügt: am eifrigsten sind darin die „Deutsche Zeitung" und der „Berliner Lokalanzeiger". Sie scheinen Ursache dazu zu haben, nach Tintenfisch-Methode in Verdunklungskünsten sich zu üben. Spitzelei und Denunziererei der Völkischen gegeneinander spielen jedenfalls eine große Rolle.

Der „Vorwärts" stellt folgende neugierige Fragen: „Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß Claß und Grandel auch zu Herrn von Kahr in Beziehungen gestanden haben? Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß Claß den Versuch unternommen hat, Reichswehrgenerale zu einem hochverräterischen Unternehmen zu verleiten?

Die Behörden sollen sagen, was sie wissen!" —

Warum ein Minister verhaftet wurde.

Die Verteidiger des inzwischen aus der Haft entlassenen thüringischen Innenministers Hermann übermitteln uns über den Tatbestand folgende Erklärung:

„Am 2. Januar 1924 ist der Innenminister Thüringens, Karl Hermann in Weimar, als er von Eisenach ins Ministerium zurückkehrte, am Bahnhof vorläufig festgenommen worden. Er wurde zunächst durch zwei Kriminalbeamte (Minister Hermann wäre freiwillig jeder Ladung gefolgt) dem Staatsanwalt vorgeführt, der ihn, zum Teil in Gegenwart des Heeresanwalts, — der sich an der Vernehmung des Ministers beteiligte — zunächst vernahm. Gegenstand der Beschuldigung waren mehrere Fälle, in denen sich der Minister der Fälschung von Anstellungsurkunden schuldig gemacht haben soll, indem er Anstellungsbeschlüsse mit einem früheren Datum versehen haben soll als dem Tag, an dem er die Unterschrift unter den Anstellungsbeschluß in den Akten gab. Die Anstellungsurkunden sind in Reinschrift mit dem Datum hinausgegeben worden, unter dem der Anstellungsbeschluß in den Personalakten des betreffenden Beamten vom Minister gezeichnet war.

Die Fälle, in denen so verfahren wurde, werden als Urkundenfälschung, begangen im Amt, ausgelegt, dazu noch als zum Vorteil des betreffenden Beamten (Verbrechen gegen § 348, 349 des Strafgesetzbuches).

Auch Aktenbeseitigung wird dem Minister Hermann zum Vorwurf gemacht, indem er Beschwerdeschriften über einen Beamten nicht zu dessen Personalakten, sondern beiseite gebracht haben soll.

Minister Hermann hat von vornherein erklärt, daß er niemals eine falsche Beurkundung vorgenommen habe, geschweige denn absichtlich zum Vorteil eines Dritten, oder Alten, in der Absicht, sie schädigen zu bringen, beteiligt habe; er erklärt, daß er sich weder einer parlamentarischen oder strafrechtlichen Verantwortung entziehen wird; er hat die Ernennungen der Beamten in üblicher Weise ausgesprochen und die körperliche, aktenmäßige Niederlegung dieser ministeriellen Verfügung durch den zuständigen Ministerialbeamten ist niemals früher hatten worden, als die Anweisung zur schriftlichen Fixierung vom Minister mündlich seinem Beamten gegeben war.

Die angeblich beiseite geschafften Beschwerdeschriften über einen Beamten der Landespolizei hat der Minister aus wohlerwogenen Gründen in ausdrücklicher Uebereinstimmung mit dem diesbezüglichen Sachreferenten und auf dessen Vorschlag nicht zum Bestandteil der Personalakten des Beamten gemacht, sondern gesondert verwahrt.

Auf Grund dieser Beschuldigungen wurde Minister Hermann verhaftet und in Untersuchungshaft wegen Verdunklungsgefahr und Fluchtverdachts genommen. Die Verteidigung hat den Standpunkt stets vertreten, daß diese beiden Gründe der Verhaftung bei Minister Hermann nicht gerechtfertigt sind, genau so wie sie überzeugt ist, daß eine strafbare Handlung des Ministers Hermann nicht vorliegt. Der bisherige Gang der Untersuchung hat die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Haft ergeben, und der weitere Fortgang des Verfahrens dürfte zu keinem andern Ergebnis führen als zu der Hinfälligkeit der gegen Minister Hermann erhobenen Beschuldigungen." —

Nationalistische Verleumdung.

Bei der weitern Aussprache im Preußischen Landtag über den sozialdemokratischen Urantrag zur Behebung der großen Not der Erwerbslosen durch Belebung der Wirtschaft, insbesondere durch planmäßige Erstellung von Kleinwohnungen für die wohnungslose Bevölkerung teilte Wohlfahrtsminister Hirtsiefer am Sonnabend mit, daß in der dritten Woche des Januar die Zahl der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter im unbesetzten Gebiet um 20 000 bzw. 46 000, im besetzten Gebiet um 60 000 bzw. 25 000 zurückgegangen sei. Es sei gelungen, für Talsperren, Kultivierung von Oedländereien und dergleichen in großem Umfang Privatkapital und damit Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Preußen sei im Verein mit den übrigen Ländern um Erhöhung der als zu niedrig erkannten Erwerbslosenrente bemüht. Der mißbräuchlichen Benutzung der Erwerbslosenfürsorge

durch Gemeinden und Unternehmer,

die sich durch die Heranziehung der billigen Erwerbslosen Sondervorteile zu verschaffen suchen, müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Zur Arbeitsbeschaffung sei der Wohnungsbau in Gang zu bringen. Die Vorwürfe gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen träfen nicht zu. Im Jahre 1922 sind 44 000 Wohnungen fertiggestellt worden, 65 000 waren im Bau; im Jahre 1923 72 000 bzw. 80 000. Von einem Zusammenbruch des Wohnungsbaues redeten nur die Interessenten. Ganz unzutreffend sei die Behauptung der Deutschnationalen, die Zwangswirtschaft habe die private Bautätigkeit erstickt. Man habe auch früher nur mit Hypotheken den Wohnungsbau betrieben. Wo hätte man in den letzten 5 Jahren Hypotheken herbekommen? Ein ausreichendes Bauprogramm für 1924 werde ohne öffentliche Mittel unmöglich sein. Die Baukosten stellen sich gegenüber der Vorkriegszeit auch in der vergangenen Woche immer noch wie 1,5 zu 1; eine Wohnung von früher 20 000 Mark kostet also jetzt mindestens 30 000 Mark.

Wenn die Zwangswirtschaft beseitigt würde,

hätten wir sofort mindestens die Vorkriegsmiete wieder. Dabei ist zu bedenken, daß das Einkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter jetzt ungefähr auf die Hälfte der Vorkriegsbezüge herabgesetzt sei. Die Grundsteuer, dieses Rückgrat der Staatsfinanzen, wäre ohne die Zwangswirtschaft ebenfalls unmöglich. Die Wohnungsbauabgabe habe sich lediglich deshalb das Genick gebrochen, weil sie nicht früh genug wertbeständig gemacht worden sei. Wir müssen wieder zu einer solchen Abgabe kommen, um Zuschüsse leisten zu können. Die Neuregelung vom 12. Januar normiere die Miete auf 30 Prozent des Friedensbetrags in Gold. Weil niemand die wirtschaftliche Entwicklung übersehen könne, sei Preußen dagegen, daß die Vorkriegsmieten zu einem bestimmten Termin erreicht werden. Die preußische Wohnungs- und Mietspolitik habe sich bewährt, und im Interesse des Volksganzen werde diese Politik ruhig und konsequent fortgesetzt werden.

Damit schloß die Aussprache.

Abg. **Meyer** (Solingen, Soz.) betont in seinem Schlußworte, daß es ein Trugschluß sei, zu glauben, eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde die Wohnungsnot bald beseitigen. Die Bauindustrie habe im letzten Jahr ihre Friedensleistung erreicht und vielfach überschritten. Die hohen Baukosten hätten nicht in den Löhnen, sondern

in den wucherischen Baustoffpreisen

ihre Ursache. Die Einführung der freien Wirtschaft würde bald drei- bis vierfache Vorkriegsmieten mit sich bringen.

Daraufhin wurde der Antrag dem Hauptausschuß überwiesen, und es folgte die Beratung der deutschnationalen Großen Anfrage über das Abkommen der Vereinigten sozialdemokratischen Partei mit der Sozialdemokratie Dänemarks betr. die endgültige Anerkennung der jetzigen dänischen Grenze. Die Anfrage begründet Abg. Dr. **Wilberg** (Dnatl.), der bedauert, daß der Ministerpräsident und der Innenminister nicht anwesend sind. Die neue dänische Grenze sei zu Unrecht festgesetzt worden, sie bedeute Raub deutschen Gebiets auf Grund einer ungerechten Abstimmung. Die zu Unrecht an Dänemark gefallenen deutschen Volksteile müßten das Recht haben, zu ihrem Vaterland zurückzukehren. (Beifall rechts.)

Nachdem ein Regierungsvertreter erklärt hatte, daß die Stellungnahme der preußischen Regierung durch das Abkommen der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie nicht beeinflußt werde, wurde die Herbeirufung des Ministerpräsidenten Braun beschlossen. Dieser erklärte nach seinem Erscheinen: Der Antwort des Kommissars des zuständigen Ministers habe ich nichts hinzuzufügen. Genügt das dem Hause nicht, dann muß ich bitten, die Debatte hinauszuschieben, bis das Staatsministerium Beschluß gefaßt hat. Ein deutschnationaler Antrag auf Vertagung der Besprechung scheiterte am Widerspruch der angegriffenen Sozialdemokratie.

Abg. **Bartels** (Soz.): Bei diesem deutschnationalen Antrag handelt es sich mehr darum, der Sozialdemokratie eins auszuwischen, als daß große Staatsinteressen in Frage kämen. Aber wir sind sehr erfreut, daß diese deutschnationale Anfrage uns Gelegenheit gibt, uns zu dieser Angelegenheit zu äußern. Es ist bezeichnend, daß das Ergebnis der Aussprache in Flensburg zwischen dänischen und deutschen Sozialdemokraten auf beiden Seiten der Grenze in nationalistischen Kreisen die gleiche Aufregung hervorgerufen hat. In Dänemark ist man entrüstet und empört darüber, daß die dänischen Sozialdemokraten den deutschen Interessen so weit Rechnung getragen hätten (Hört, hört! b. d. Soz.), und hier in Deutschland versucht man, umgekehrt davon zu reden, als wenn von uns dänischen Interessen Rechnung getragen worden wäre. Wir sehen also hier so eine Art

„Internationale der Nationalen".

(Sehr gut! b. d. Soz.) Was liegt in Wirklichkeit der Sache zugrunde? In Flensburg sind Vertreter der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie zusammengekommen, um sich über die immer unerträglicher werdenden Verhältnisse an der Grenze auszusprechen. Ein Aufruf, der dabei beschlossen und sowohl in Dänemark wie in Deutschland veröffentlicht wurde, enthielt nichts anderes als Richtlinien für die Agitation der Sozialdemokratischen Partei und für deren parlamentarische Arbeit. Meine Partei hat die Frage der Abstimmung in Schleswig bekämpft und sieht noch heute die Art der Abstimmung als ein Unrecht an; auch die Grenzziehungen haben wir als ungerecht bezeichnet. In Dänemark haben wir Kreise, denen diese Grenze nicht südlich genug gezogen ist, und in Deutschland Kreise, die an der alten Grenze seit 1864 festhalten. Wir weisen beide Strömungen zurück, weil beide Ansichten nicht im Interesse der Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark liegen. Die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland wird in dem Aufruf als „geltzlich geltende Grenze" bezeichnet; nichts steht darin, daß sie als „gerecht" anerkannt wird. Die Sozialdemokratie hat sich bei dem Abkommen von der politischen Erwägung leiten lassen, daß

Deutschland zurzeit völlig isoliert

ist. Der größte Teil der Bevölkerung Dänemarks hat sich aber während und nach dem Kriege durchaus loyal gegen Deutschland benommen. Jedenfalls soll einem Teile des dänischen Volkes unvergessen bleiben, wie er dem deutschen Volk in seiner wirtschaftlichen Not helfend beigesprungen ist (Beifall b. d. Soz.), wie große Kindertransporte nach Dänemark gegangen sind und wie diese Kinder aufgenommen worden sind. In dem Aufruf der beiden Parteien erklären die dänischen Vertreter, daß sie allen Versuchen einer Ausnutzung der Not des Deutschen Reiches mit dem einhelligen Widerstande der Sozialdemokratischen Partei und der gesamten Arbeiterklasse Dänemarks entgegentreten werden. Unser Abkommen liegt also auch eminent im Interesse der deutschen Sache. Nun zu der Behauptung

von der angeblichen Belohnung

für die deutsche Sozialdemokratie, von der Auffüllung der geleerten Parteikasse mit fremdem Gelde durch Ausgabe und Verrat des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten. Ich will ganz offen über diese Angelegenheit sprechen. Als im Herbst die rapide Geldentwertung einsetzte und die Presse und der Parteiapparat bei uns ebenso in Schwierigkeiten geriet wie bei andern Parteien, soweit sie nicht aus andern Quellen Mittel bekommen, veranstaltete die Internationale eine Sammlung unter den angeschlossenen Bruderparteien für die deutsche Partei. Eine Sammlung wurde auch in Dänemark veranstaltet. Aber zwischen dieser Sammlung und der Konferenz in Flensburg besteht nicht der geringste Zusammenhang. Die deutschnationale Behauptung ist also nichts weiter als eine glatte Verleumdung. (Bravo! b. d. Soz.)

Nach Erledigung einer Reihe von Eingaben vertagte sich das Haus auf Dienstag mittag 1 Uhr. —

Unpolitische Generale.

Reichswehrminister Geßler ist stolz auf die „Entpolitisierung" der Reichswehr. Der Ausnahmezustand hat auch bewiesen, daß die Reichswehroffiziere schon wieder annähernd so „unpolitisch" sind wie das Offizierkorps vor dem Kriege.

Kleines Feuilleton.

Erinnerung an Hoffmann von Fallersleben.

Der Dichter des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" ist anläßlich der [illegible] seines Todestags am 19. Januar in allen Schulen gefeiert worden. Das war recht und gut so — vorausgesetzt, daß den Kindern der echte Hoffmann vorgeführt worden ist, der Mitkämpfer für eine demokratische Gesinnung, der die preußische Regierung wegen seiner „Unpolitischen Lieder" am 30. September 1842 ohne Pension seiner Professur enthoben und für bis 1848, also fast sechs Jahre lang, zu einem Wanderleben verdammt hat. Auch das Deutschlandlied, 1841 auf Helgoland gedichtet, war ja kein kommerzielles Auftragsgedicht gewesen, sondern ein großdeutsch-demokratisches Bekenntnis.

Wir haben bei einem Turnen die Lebensgeschichte des politischen Gelehrten und Dichters ausführlich geschildert. Wenn wir heute davon nehmen, geschieht es, weil die Deutschvölkischen Hoffmann von Fallersleben und sein Deutschlandlied neuerdings für sich in Anspruch nehmen, vielleicht aber bei genauerem Schauen keines Deutschen Geist zu gewahren. Diesen Gesichtspunkten mögen wir ein paar frische Proben des Dichters ins Gedächtnis rufen, die den Allgemeinheit kaum bekannt sein dürften:

Von allen Menschen in der Welt
Bin einer mir entgleist gefällt,
Der Rechtel aus dem Stall!

Ich kaufte Freiheit, Recht und Ruf
Und Frohes Leben noch dazu
Beim Rechtel aus dem Stall!

O Menschen, wünscht du doch mir
Nur einen einzigen Tag im Jahr,
O Rechtel aus dem Stall!

Ich gäbe Heim, ich mich nicht mehr,
Und hätte dein ich Herrschaft:
Fluch Rechtel aus dem Stall
Fluch Sonnenstrahl!

Soll diese Zeile nicht zu einer neuerlichen [illegible]?

Richard Wagner als Preisbrüder.

„Der Bär", das Jahrbuch der Firma Breitkopf u. Härtel in Leipzig auf das Jahr 1924, bringt einige Briefe von Komponisten aus dem reichhaltigen Archiv des Verlags, das bereits über 200 Jahre besteht. Wir teilen einen des jungen Wagner mit, der um 1830 geschrieben sein muß.

Ew. Wohlgeboren! Mögen verzeihen, wenn ich mit einem Gesuche behelige, an dessen Erfüllung mir unendlich viel gelegen ist. Es betrifft nämlich die Bitte um Correkturen und Unterrichtsstunden für das Pianoforte, worin ich besonders in Bezug der letztern Beweise meiner Tauglichkeit darbringen kann. Vorzüglich mag mich zu diesem Ersuchen der Mangel an Beschäftigung und der Wunsch, in eine Tätigkeit dieser Art zu gelangen. — Vor der Hand erfreue ich mich, um Ew. Wohlg. von meiner Brauchbarkeit zu überzeugen, zu unentgeltlichen Probearbeiten in jedem Fächern, und sollte es mir gelingen, dadurch Vertrauen zu mir zu fassen, so werde ich es mir zur Ehre schätzen, zu geringerm als den gewöhnlichen Preisen Ew. Wohlg. dienen zu können. Fähigkeit und Geschicklichkeit in meinem Fächern wird hoffentlich sein, um mir sicherlich Vertrauen zu erwerben. In der Zuversicht, bald als möglich Antwortschreiben gefällig zu bekommen, empfiehlt sich zu Diensten Ew. Wohlg. ergebenster

Richard Wagner, stud. mus.

Meine Wohnung ist im Pfaffhof vor dem Grimmischen Tore, eine Treppe hoch.

Die Welt weiß die Tatsache ein solches Geschäftsgebaren bemerkt, wenn Richard Wagner kein des Deutschtum der Deutschen gefällig ein — Jude gewesen wäre? —

Bremer Theaterskandal. Karl Neuerts „Narrbon Nolf", ein Norden-Frauen-Drama, das am Bremer Stadttheater zur Uraufführung kam, wurde vom Publikum abgelehnt, nachdem die bekannten Kreise Bremens gegen die freigeistige Tendenz des Stückes im Theater demonstriert hatten und [illegible] auch beim Bremer Senat [illegible] gemacht haben. Die „freie" Gewerkschaft Bremen, [illegible] Sozialdemokraten in Bremen [illegible], bezeichnet dann nur eine Wendung ihres Charakters, die [illegible] —

Was in Deutschland alles Kritiken schreibt. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" machen sich lustig über eine Kritik der „Walküre" im „Merseburger Korrespondent", deren erster Absatz also lautet:

Wagner bedurfte nicht seines Appells an das Große Gefühlsverständnis, um einer in seinem Sinne richtigen Bewertung seiner künstlerischen „Absicht", des Gesamtkunstwerks, gewiß zu sein. Aus jeder Aufführung selbst seiner Opern geht er als Triumphator über uns Hörer hervor. Wir werden in einem ungeheuern Strom ziellosen Leidenschaft mitgerissen, widerstandslos durch alle Regionen einer erregten Gefühlswelt gejagt, durch Kreisaden brünstiger Schauer überrieselt. Alle unsre Sinne werden geöffnet und durch süße Lockung oder brutale Gewalt unendlich geweitet; unsre Nerven bis zu wonnevollen Schmerzen exaltierter Ekstase aufgepeitscht. Umsonst ist jede Gegenwehr; der Rauschwirkung seiner Opiumdämpfe, die aus dem Orchester heraufsteigen und von der Bühne herüberwehen, könnte man nur durch völlige Entseelsamkeit entgehen.

Es ist ein billiges Vergnügen, über solche Gefühlsergüsse, hinter denen sich der Mangel an Sachkenntnis zu verstecken pflegt, bissige Glossen zu machen. Weit aufrichtiger wäre es, auf die in Wahrheit Schuldigen hinzuweisen, die man nicht allein in kleinen Nestern finden, sondern auch in Großstädten: auf die Zeitungsverleger, die nach kapitalistischer Methode den billigen Pfuscher dem anspruchsvollern Fachmann und Könner vorziehen. —

Eine deutsche Kunstsammlung in Holland. Professor Friedrich Wilhelm v. Bissing, der früher an der Münchner Universität das Fach der Aegyptologie vertrat, ist vor einiger Zeit zum Professor dieser Wissenschaft an der Universität Utrecht ernannt worden. Seine Uebersiedlung nach Holland hat nun eine für den deutschen Kunstbesitz an ägyptischen Denkmälern besonders schmerzliche Folge. Denn auch die ägyptische Sammlung des Gelehrten, mit aller Fachkenntnis zumeist an Ort und Stelle in Aegypten zusammengebracht, ist nach Holland gegangen. Hinter dem Haager Friedenspalast soll für sie ein eignes Museum gebaut werden. Ein Teil der Sammlung ist im Haager Kunstgewerbemuseum vorläufig ausgestellt worden. —

Da ist General Hasse, von dessen unpolitischem Wirken in Thüringen jeder Tag fast einige Beispiele bringt. Da ist General Tschischwitz in Stettin. Der verbot das Aushängen von „Lachen links“ und die Verbreitung eines sozialdemokratischen Flugblattes mit einer ganz ausgezeichnet unpolitischen Begründung. Das Flugblatt stelle unzweifelhaft ein Propagandaflugblatt gar, sagt der General, und die Vertreibung sei nicht statthaft — weil die Wahlagitation noch nicht eröffnet sei.

Ueber den letztern Punkt scheint General Lossberg in Münster andrer Meinung zu sein. Er hat in einer Versammlung von Landwirten eine Wahlrede gehalten, die Landwirte aufgefordert, dafür zu sorgen, daß sie eine starke politische Vertretung erhalten; bei der Wahl müsse deshalb jeder „Mann an die Wahlurne, und zwar auch Frauen und Kinder, wenn diese wahlberechtigt sind“. Er hat den Landwirten noch mehr gute Ratschläge gegeben, dieser unpolitische General, der sich selbst als Landwirt fühlt, weil er seit 20 Jahren ein großes Familiengut bewirtschaftet. Darum weiß dieser unpolitische General auch ganz genau, daß die Steuern für die Landwirte viel zu hoch sind. Darum hat der General „mit allem Ernst“ einen Antrag nach Berlin geschickt, in dem er nichts mehr und nichts weniger als eine Steuerherabsetzung für die Landwirtschaft verlangt. Das tat er aber nicht in seiner Eigenschaft als Privatmann, als Großgrundbesitzer, sondern als Wehrkreiskommandeur, als Inhaber der vollziehenden Gewalt.

Ein sympathischer Mensch, dieser unpolitische Reichswehrgeneral Lossberg, der seine Stellung als Wehrkreiskommandeur benutzt, um für seine aus dem Nebenberuf des Großgrundbesitzers sich ergebenden politischen Interessen zu wirken. Von gleich hohem Gesichtspunkt getragen waren auch außenpolitische Bemerkungen dieses Großgrundbesitzer-Generals. Er ist für einen „Vernichtungskampf“ mit den Franzosen, was natürlich eine ganz unpolitische Sache ist.

Was wohl einem Reichswehrsoldaten passieren würde, der in einer Arbeiterversammlung, etwa zu den streikenden Magdeburger Metallarbeitern ginge, sich dort als Berufskollege vorstellte, ihnen den Rat gäbe, bei den kommenden Wahlen darauf bedacht zu sein, sich eine starke Interessenvertretung zu schaffen! Die Lossberg, Müller, Tschischwitz, Seeckt und Geßler wären sich alle einig, daß ein solcher Kerl sofort zu entlassen ist, für ihn wäre in der unpolitischen Reichswehr kein Platz. —

Eine Lehre.

Dem Magdeburger Polizeipräsidenten wird sein Vertrauen, das er in die Ehrenhaftigkeit der Stahlhelmleute setzte, sein Glauben an die Disziplin dieser Sorte von „Frontsoldaten“ schlecht belohnt. Am Magdeburger Polizeipräsidenten will der Stahlhelm ein Exempel statuieren, an ihm will er beweisen, daß er eine politische Macht darstellt. Der Magdeburger Polizeipräsident soll fallen — als Warnung für seine Kollegen, die sich einbilden, der Stahlhelm unterstünde wie jede andre Organisation der Staatsgewalt, der Stahlhelm könne mit Hilfe der öffentlichen Gewalten zur Einhaltung gesetzlicher oder polizeilicher Vorschriften angehalten werden.

„Was wir tun oder unterlassen, bestimmen wir!“ sagten die „Frontsoldaten“, die an jenem Sonntag die Stadt Magdeburg zur wüsten Etappe machten. Um diesem Anspruch öffentliche Anerkennung zu verschaffen, die Staatsgewalt unter seinen Willen zu beugen, einen Präzedenzfall zu schaffen — darum geht der Stahlhelm gegen den Magdeburger Polizeipräsidenten vor, darum setzt er alle Hebel in Bewegung, um seinen Sturz zu erlangen.

Die Deutschnationalen sind selbstverständlich mit bei der Hatz! Sie haben folgende Große Anfrage im Preußenparlament eingebracht:

> Auf dem Stahlhelmtag in Magdeburg am Sonntag den 20. Januar haben Stahlhelmleute auf unsre alten Frontsoldaten mit Gummiknüppeln und der blanken Waffe eingehauen. Deutsche Fahnen, auch zusammengerollte, sind der Fahnenträgerin entrissen; der Salzwedeler Fahnenträger wurde mit der Fahne in eine Kneipe verschleppt und mit blanker Waffe am Arme verletzt, weil er selbstverständlich seine Fahne nicht lassen wollte.
>
> Wir fragen:
>
> 1. Entspricht es dem auch von einer heutigen Staatsregierung zu fordernden Gerechtigkeitsgefühl, daß die roten Klassenfahnen bei sozialistischen Demonstrationen offen getragen werden können, während die alten Reichsfarben nur verhüllt und ohne Begleitung auf Lastkraftwagen mitgeführt werden dürfen?
>
> 2. Ist die Staatsregierung bereit, den verantwortlichen Oberpräsidenten Hörsing und seine Helfershelfer darüber zu belehren, daß dieses Vorgehen nicht die Art ist, in der ein Volk seinen Landesverteidigern Dank abstattet?
>
> 3. Ist die Staatsregierung weiterhin bereit, die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen?

Die Leitung des Stahlhelms ist von dieser Art der deutschnationalen „Hilfe“ wenig erbaut. Dümmer läßt sich die Anfrage kaum noch formulieren, für den Stahlhelm ist diese Fragerei ein rechter Bärendienst.

Wie aber auch die Aktion des Stahlhelms enden möge: die Frontsoldaten, die als Republikaner ins Feld zogen oder als solche zurückkehrten, dürfen es sich nicht gefallen lassen, daß die Leute, die am 20. Januar Magdeburg „beehrten“, sich als die Repräsentanten des Frontsoldatentums aufspielen. —

Notizen.

Jaspar in Paris. Der belgische Außenminister Jaspar ist am Sonntag überraschend zu einer Aussprache mit Poincaré in Paris eingetroffen. Die Aussprache begann um 3 Uhr im Ministerium des Auswärtigen. Der Beginn wurde für Aussagen über die Gründe, die Jaspar unvermutet nach Paris geführt haben und über den Gegenstand der Unterhaltungen zwischen den beiden Staatsmännern verweigert. —

Vorstandswahl bei den Demokraten. Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei trat im Reichstag zu einer Fraktionssitzung zusammen. Sie wählte an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, des zum Ersten Bürgermeister von Hamburg gewählten Petersen, den Abgeordneten Koch-Weser zum Vorsitzenden, den Abgeordneten Erkelenz zum zweiten Vorsitzenden —

Ausbau des französisch-tschechischen Bündnisses. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch hat einem Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt, daß er darauf rechne, daß in mehr oder weniger kurzer Zeit die tschechisch-französischen Abmachungen mit Frankreich auch auf Polen ausgedehnt werden, und daß er gute Gründe habe, zu glauben, daß in kürzester Zeit auf die Herstellung einer Mitarbeit Ungarns zu rechnen sei. —

Depeschen.

Landeswahlen im Saarland.

Wb. Saarbrücken, 28. Januar. Die Wahlen zum Landesrat, die gestern stattfanden, verliefen ruhig. In die Listen waren etwa 10 Prozent Personen mehr eingetragen als bei den letzten Wahlen. Die Wahlbeteiligung betrug 65 Prozent gegenüber 50 bis 60 Prozent bei den letzten Stadtratswahlen. Die Volkspartei und die Demokraten traten als Deutschsaarländische Volkspartei vereinigt auf. —

Wb. Köln, 28. Januar. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet folgende vorläufige Wahlergebnisse aus dem Saargebiet:

Stadt Saarbrücken: Zentrum 10 540; Sozialdemokraten 6168; Kommunistische Partei 6028; Deutschsaarländische Volkspartei 7845; Deutschnationale 1597, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 825; Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft 2825; Kombinationsliste 396 Stimmzettel.

Stadt Neunkirchen: Zentrum 3250; Sozialdemokraten 2900; Kommunisten 2560; Deutschsaarländische Volkspartei 2300; Arbeitsgemeinschaft 360; Deutschnationale 35; Hausbesitz 1127.

Stadt Völklingen: Zentrum 1849; Sozialdemokraten 1318; Kommunistische Partei 1528; Deutschsaarländische Volkspartei 1521; Arbeitsgemeinschaft 101; Deutschnationale 68; Hausbesitz 350.

Stadt St. Wendel: Zentrum 5633; Sozialdemokraten 1419; Kommunisten 780; Deutschsaarländische Volkspartei 295; Arbeitsgemeinschaft 357; Deutschnationale 57; Hausbesitz 309.

Kreis Saarlouis: Zentrum 20 227; Sozialdemokraten 5128; Kommunisten 8112; Deutschsaarländische Volkspartei 2281; Arbeitsgemeinschaft 1211; Deutschnationale 77; Hausbesitz 665.

Kreis Ottweiler: Zentrum 19 520; Sozialdemokraten 10 185; Kommunisten 7193; Deutschsaarländische Volkspartei 4930; Arbeitsgemeinschaft 1304; Deutschnationale 195; Hausbesitz 2500.

Die Saarbrücker „Landeszeitung“ wurde wegen ihrer Berichterstattung über die Lage in der Pfalz auf drei Monate in den besetzten Gebieten verboten. —

Wb. Saarbrücken, 28. Januar. Die Landesratswahlen im Saargebiet weisen zur Stunde folgendes Ergebnis auf: Zentrum 96 062, Sozialdemokraten 44 536, Saarländische Volkspartei 32 055, Deutschnationale 2791, Haus- und Grundbesitzer 3178, Kommunisten 39 311, Saarbund 5586. Die Mandate verteilen sich bisher wie folgt: Zentrum 14 (16), Sozialdemokraten 6 (5), Kommunisten 5 (2), Saarländische Volkspartei 4 (Liberale und Demokraten 5), Haus- und Grundbesitzer 1 (2), Deutschnationale 0 (0), Saarbund 0 (0). —

Preise in Rentenmark — Mengenabgabe vorbehalten

Extra billige

Kurzwaren

Lockennadeln . . . . . 2 Pad 3 ₰
Haarnadeln glatt und gewellt . . . . . 2 Pad 5 ₰
Nähnadeln Bus . . . . . Brief 8 ₰
Sicherheitsnadeln vernickelt . . . . . Dutzend 6 ₰
Zopfnadeln glatt und gewellt . . . . . Pad 7 ₰

Maschinengarn
nur bekannte Marken, bedeutend ermäßigte Preise
Obergarn 1000 Meter, 4fach . . . . . Rolle 1.10 R.-M.
Obergarn 200 Meter, 4fach . . . . . Rolle 23 ₰
Obergarn 1000 Meter, 3fach . . . . . Rolle 82 ₰
Obergarn 200 Meter, 3fach . . . . . Rolle 19 ₰

Sternzwirn prima Leinen, Grauweiß . . . . . 4 Stück 10 ₰
Twist in allen Farben . . . . . 5 Knäuel 35 ₰
Schnürsenkel Mako Länge 80 100 120 150 cm, Paar 54 70 90 115
Damen-Strumpfhalter . . . . . Paar 50 ₰
Sockenhalter Paar 1.10 75 35 ₰
Seiden-Rüschenband für 1 Paar Damen-Strumpfbänder . . . 38 ₰

Nahtband schwarz und weiß . . . Rolle = 10 Meter 30 20 ₰
Miederband 4 cm 5 cm 6 cm
ohne Stäbe . . . . 14 16 18 ₰
mit Stäben . . . . 16 18 20 ₰
Halbleinenband in allen Breiten . . . . . 3 Stück 20 ₰

Wäscheknöpfe, prima Schirting
16 18 20 22 24 26 28 30 Linie
Pad. 7 8 9 10 11 12 13 14 ₰

Schutzblätter prima Gummiplatte . . . Paar 50 45 40 ₰
Barmer Bogen glatt und Doblsaum . . Meter 9 6 4 ₰
Strickwolle schwerz und farbig 100 Gramm 1.10 1.00 90 ₰
Ersatz-Nähseide in allen Farben, 3fach . 50 Meter 4 ₰
Haarschleifen mit Halter, in mod. Farben . . 1.00 85 65 ₰

Moderne Besatzknöpfe
in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Lange & Münzer
Breiteweg 51/52 Alter Markt 1/2

Gute Bücher
empfiehlt
Buchhdlg. Volksstimme

Ankauf
Roß Fur Hunde
1 Stück prima Seife im gleichen Gewicht.
Albert Schwieger
Jakobstraße Nr. 49
Rathauskolonnaden
Kaiserstraße Nr. 51
Eing. Blumenthalstr.

Schaf-Wolle!!
Strumpf-Abfälle
kauft und tauscht sofort gegen Strickgarn und Stoffe 2317
Fritz Jürges
Lödischehofstr. Nr. 7, 9. Haus v. Alten Markt.
— Fernsprecher 6383 —

Verkauf
Kartoffeln, Zwiebeln
Steckzwiebeln
Speise- und Saatbohnen, Erbsen kauft
Gerste, Roggen, Weizen
auch in kleinen Posten gibt ab 2501
Hermann Meier
Egeln (Bez. Magdbg.)
Fernsprecher 415.

Laube m. Fenster abzugeb. Wm. Krieg, Westendstr. 21

Verlangen Sie in Apotheken u. Drogerien die D-M-B Packung 21 Apotheker Schambachers
Karnikol
bestes Vorbeugungs- und Spezialmittel gegen Blähungen, Koliken u. Trommelsucht bei Kaninchen.

Tiermarkt
Dienstag treff. ein Ferkel, Läufer u. groß. Futterschweine
Verkauf bedeutend billiger. Neustadt, Sieversstraße 1, Teltz & Söhne.

Lassen Sie Ihre Stiefel besohlen!
kaufen Sie Ihre Sohlen selbst und 2328
zahlen nur den Gesellenlohn
nur bei Max Zabel
Lederhandlung und Schuhmacherei,
11 Lödischehofstraße 11
gelbes Haus vom Alten Markt.

Gegen Verstopfung, Blähung, Hautausschläge, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden gebrauchen Sie Segrega-Pillen
HOF-APOTHEKE am Winkelsbogen
Breiteweg 158

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 26. Januar. Stellmacher Paul Garnatz 27 J. Witwe Berta Wiedling geb. Mette, 84 J. Mathilde geb. Howey Ehefrau des Oberrevisionssekretärs Alexander Schmeel, 45 J. Ariel, T. des Arbeiters Wilhelm Joensson, 6 St. Lydia, T. des Gemüsehändlers Gustav Seftein, 11 J. Arbeiter-Invalide August Weber, 59 J. Kellner Karl Heidfeld, 70 J. Ingeborg, T. des Landwirts Theodor Rumpelew, 1 J. Friedrich, S. des Landwirts Friedrich Hebekerl, Sieglesben, 11 J. Regierungssekretär i. R. Heinrich Sack, 74 J. Näherin Berta Felauer, 54 J.

Die Passion
das heilige Spiel vom bitteren Leiden und Sterben Jesu Christi.
Ca. 300 Mitwirkende, ca. 25 Einzeldarsteller, Massenchöre, Orgel usw.
Ab 1. Februar
— täglich 7½ Uhr —
im
Blumenfeld-Gebäude
Magdeburg.

Höher geht's nicht mehr!

Kammer Lichtspiele

so lautet ein Urteil aus Besucherkreisen. Unser Meisterwerk „Der Absturz" vereint höchste darstellerische Kunst mit einem Manuskript von anerkanntem literarischen Werte. Die unendliche Tragik dieses Frauenschicksals findet durch **Asta Nielsens** vollendete Kunst einen Ausdruck von geradezu erhabener Wirkung. — Mit dem Bilde

Max heiratet sein Weibchen

sind wir in der Lage, den Weltmeister der Burlesken, **Max Linder**, nach langen Jahren dem Magdeburger Publikum zu zeigen. In einem Gesellschaftsfilm von 5 Akten findet man einen Humor und eine Situationskomik, die selbst des Teufels Großmutter Tränen lachen lassen würde.

Beginn: Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Sonntag vorm. 11 bis 1 Uhr: Gr. Frühvorstellung.

P.L. Panorama.

Das Programm der 5 Schlager

Erstaufführungen

Er Sie Es

Das Geheimnis einer Ehe.

Der amerikanische Lustspielteil

Harald Lloyd

„Er" verkauft Erfrischungen

Die Unschuld vom Lande

So eine Familie

Jonnys Ferien 266

Beginn: Werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Die

Walhalla-Lichtspiele

von dem

Durch Funkspruch gerettet

berüchtigten

Auf der Bühne

Lehemann

4 Herakles

aufs höchste

moderne Sport-Equilibristen

bedrohte

Fix und Fax

junge Dame

und der Weltverkehr

durch Funkspruch

In der Sommerfrische

gerettet ...

3 tolle Lustspiele

Spielzeit: Wochentags 5 Uhr.

Hohenzollern-Park

Dienstag **5.** Februar

Redoute!!

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung

Am **Mittwoch, den 30. d. M.**, von vormittags 9½ Uhr an, sollen die Eichen rp. auf dem Deichwall **zum Feldstadhieb** öffentlich meistbietend verkauft werden. Versammlung um 9½ Uhr am Deichwallhause. Die Bezahlung des ersteigerten Holzes kann sofort an Ort und Stelle erfolgen.

Burg, den 26. Januar 1924.

Die Forstdeputation.

Bekanntmachung
betr. Zinserhebung bei verspäteter Zahlung kommunaler Abgaben.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 18. Januar 1924 (GS. S. 44) bei verspäteter Zahlung kommunaler Abgaben Zuschläge in Höhe v. 5 v. H. des rückständigen Goldmarkbetrages für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen weiteren Monat erhoben werden. Als halber Monat gilt ein Zeitraum von 15 Tagen; bei einem Monat mehr als 30 Tage, so wird der 31. Tag nicht gerechnet.

Burg, den 25. Januar 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung
betreffend Festsetzung der Zuschläge nach dem Reichsmietengesetz.

Gemäß Anordnung des Herrn Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Januar 1924 — I . . . 6 97 — wird auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des genannten Herrn Ministers vom 4. August 1923 (G.-Slg. S. 382 ff.) nach Anhörung von Vertretern von Hausbesitzern und Mietern für den Bezirk der Stadt Burg folgendes angeordnet:

I.

Von der Friedensmiete sind bei jedem Mietvertrag, auf den die gesetzliche Miete Anwendung findet, abzusetzen:

1. Für Zentralheizungskosten und die in der Friedensmiete enthaltenen gewesenen Betriebskosten 20 v. H.
2. Zu Häusern mit Sammelheizung oder Warmwasserversorgung für die Heizkosten für Sammelheizung 9 v. H., für Heizkosten zur Warmwasserversorgung 3 v. H.
3. Bei Mieträumen, bei welchen in der Friedensmiete die Unkosten einer Spiegelglas-Versicherung enthalten war, 5 v. H.

II.

Zu der Parteienmiete (§ 2 Absatz 1 RMG.) treten die unter näher bezeichneten Zuschläge, die in Hundertsätzen der Friedensmiete auszudrücken und in Goldmark zu berechnen sind. Erfolgt die Zahlung der Zuschläge im Vierteljahr, so ist der Berechnung der am Tage der Zahlung amtlich festgestellte Berliner Goldmarkwert zugrunde zu legen.

Die Zuschläge betragen:

1. für Verwaltungskosten, Zusätzlich Steigerung der Kosten für Gebäude, Grundstücksbesitzungen . . . . 5 v. H.
2. für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten ausschließlich der Schönheitsreparaturen (s. dieser Bekanntmachung) . . 5 v. H.
3. für die Betriebskosten (s. dieser Bekanntmachung) . . . . . 15 v. H.

III.

Mit dem Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten (s. Abs. 2 Ziff. 2 dieser Bekanntmachung) werden die Kosten für Ausbessern, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und Fenster, das Ausbessern der Öfen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen (Schönheitsreparaturen) mit gedeckt. Soweit Kosten für Schönheitsreparaturen entstehen, die jeder Mieter zu tragen der in seinen Mieträumen tatsächlich gemachten Aufwendungen gegen Vorzeigung der Belege zu tragen. Der Vermieter ist vor der Ausführung der Schönheitsreparaturen zur Besichtigung der Handwerker verpflichtet, die die Schönheitsreparaturen ausführen. Er kann die Arbeiten selbst ausführen, sofern er die erforderliche berufsmäßige Ausführung nachweisen kann.

IV.

In den Betriebskosten (s. Abs. 2, Ziffer 3 dieser Bekanntmachung) gehören:

1. die für das Haus zu entrichtenden Grund- und Gebäudesteuern einschließlich der Grundvermögensabgabe,
2. Entwässerungs- (Kanalisations-) Gebühren und Gebühren für Straßenreinigung,
3. Müllabfuhrgebühren,
4. Schornsteinfegergebühr,
5. die Kosten für Wäsche- und Schlachtenschäume,
6. die Kosten für die Treppen- und Flurbeleuchtung sowie für die Beleuchtung der gemeinsamen Räume, die für die gemeinsame Benutzung der Mieter bestimmt sind, z. B. gemeinsamen Dachböden, Waschküche, Keller;
7. die Kosten für Versicherung gegen Feuer-, Glas-, Wasserleitungs-, Sturm- und Haftpflichtschäden und Haftpflichtschäden,
8. die Kosten der Müllabfuhr und Straßenreinigung,
9. die Kosten für die von einer Behörde zur Bekämpfung einer Ansteckungsgefahr gemachten Aufwendungen (z. B. Desinfektionsmittel).

Auf das Verlangen des Mieters oder der Mietvertretung muß der Vermieter die Berechnung der Betriebskosten vorlegen.

Soweit der Vermieter den Mieter oder die Mietvertretung nach, daß er für die Betriebskosten weniger zu zahlen hat als 15 v. H. zur Deckung der ihm zu zahlenden Beträge nicht ausreicht hat, so ist er berechtigt, den fehlenden Betrag, höchstens jedoch weitere 5 v. H. der Friedensmiete nach dem Verhältnis der Grundmiete bei der nächsten Mietzahlung umzulegen. Kommen in einem Zahlungsabschnitt umlagefähige Betriebskosten nicht zur Umlage, so sind die hierdurch ersparten Beträge bei der nächsten Mietzahlung in Anrechnung zu bringen. Hat der Vermieter umlagefähige Betriebskosten für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, so muß er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgte, auf die einzelnen Mietzahlungstermine verteilen.

V.

Zur Schaffung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten, vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Anbrechen des Daches, der Abbau oder Anstrich des Hauses im Äußeren, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizungsanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung) ist auf Antrag eines Vertragsteils vom Mietseinigungsamt ein Zuschlag zur Verzinsung und Tilgung von Mitteln — nicht der Mittel — für die Kostenmiete im Einzelfall seit Oktober 1920 nicht vorher — ausgeführten und notwendigen oder in den nächsten 12 Monaten nach Zeitmaß des Antrags auszuführenden notwendigen großen Instandsetzungsarbeiten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Grundstücks, d. h. der Erhaltung seiner Bewohnbarkeit für einen einen bestimmten Zeitraum festzusetzen.

Das Mietseinigungsamt hat den Zuschlag nicht über 3 v. H. der Friedensmiete festzusetzen; § 1 dieser Bekanntmachung finden Anwendung.

VI.

Durch die unter Nr. II bis V dieser Bekanntmachung festgesetzten Zuschläge werden

a) die Nebenleistungen des Vermieters, welche nicht die Raumnutzung betreffen, oder neben der Raumnutzung an Grund der Mietvertrags gewährt werden (Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Dachaufs. und dergleichen),
b) die Nebenleistungen des Vermieters, welche zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. Spiegelglasversicherung,
c) die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung einschließlich der Kosten der Anfuhr

nicht gedeckt.

VII.

Vorstehende Anordnungen treten am 1. Februar 1924 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt verlieren die entgegenstehenden früheren Bestimmungen ihre Wirksamkeit.

Burg, den 25. Januar 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für Bauten von Anfang Februar an werden die **Kleingartenner-Kreisfrontpreise**

für Mitglieder der Genossenschaft
auf 30 Goldpfennige
für Nichtmitglieder der Genossenschaft
auf 34 Goldpfennige

festgesetzt. 190

Die Zählergebühren, welche wegen Nichtbeachtung unserer Abrechnungsbriefen rechtzeitig nicht berechnet wurden, kommen laut § 19 der Strom-Allgemeinbedingungen jetzt zu zusätzlichen Sätzen, werden nur Gebühren.

Magdeburg, den 25. Januar 1924.

Landeselektrizität G. m. b. H.
Ueberlandwerk Börde zu Magdeburg.

Städtische Theater

Stadttheater

Dienstag, 29. Januar
4. Abend
Der Schneemann
Pant. v. W. Korngold.
Hierauf:
Abu Hassan
Oper v. C. M. v. Weber.
Hierauf:
Die Puppenfee
Pantomime v. J. Bayer
Anf. 7½ Ende 10¼ Uhr

Wilhelm-Theater

Dienstag, 29. Januar
Vorst. v. d. Beamtenbund
Der eingebildete Kranke
Lustspiel von Molière.
Eine Abrechnung
Komödie v. Gust. W. Ed.
anf. 7½, Ende 10 Uhr.

Für das Halberstädter Tageblatt, Organ der V. S. P. D. für die Bezirke Halberstadt, Quedlinburg, Oschersleben und Teile von Wernigerode, wird für **sofort ein tüchtiger**

politischer Redakteur

gesucht. Reflektiert wird auf einen guten Kenner der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie selbständigen Leitartikler. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an den Geschäftsführer 262

R. Treß, Halberstadt, Domplatz 48.

!Hochaktuell!!

ist auch Nr 3 des Wahlblattes der Republik

Lachen links!

Sofort abholen!
Preis 25 Pfennig.
Buchhandlung
Volksstimme
Magdeburg,
Große Münzstraße 3.

Zum Kapuziner

Reichhaltige Abendkarte!
Dezente Musik!

Arkadia

7 Uhr:
Das lustige Programm der Lagerer-Truppe
Humor! Komik!
Lachen!

Bekanntmachung.

Die nachstehend benannten Ärzte haben sich bereit erklärt, die Tätigkeit bei der unterzeichneten Kasse wieder aufzunehmen. Als Kassenärzte sind zugelassen die Herren

Dr. med. Behrendt, Breite Str. 32
„ „ **Benck, Hallstr. 43**
„ „ **Huth, Breite Str 30**
S.-R. „ „ **Klavehn, Markt 14/15**
„ „ **Peters, Breite Str. 3**
S.-R. „ „ **Schartau, Weberstr. 12**

Andere als vorstehende Ärzte dürfen ohne Zustimmung des behandelnden Arztes und des Kassenvorstandes nicht in Anspruch genommen werden.

Der Arzt darf im Laufe des Vierteljahrs nicht gewechselt werden. — Bei Inanspruchnahme des Arztes und der Arzneimittel ist **die größtmögliche Sparsamkeit zu bewahren.**

Krankenscheine (Krankmeldescheine) **werden nur im Kassenlokal** Bebenstraße 29, ausgestellt und gelten ein Vierteljahr. Krankmeldescheine, die sich noch in den Händen der Arbeitgeber befinden, sind unverzüglich an die Kasse zu schicken, da dieselben ihre Gültigkeit verloren haben. Arbeitgeber dürfen Krankmeldescheine nicht mehr ausstellen.

Bei Verordnung von Arzneimitteln für Familienangehörige sind die Rezepte **vor der Entnahme** aus der Apotheke in der Kasse abstempeln zu lassen. **Ohne Anweisung der Kasse werden die Kosten für Arzneien an Familienangehörige nicht übernommen.**

Spezialärztliche Behandlung wird nur durch eine Notwendigkeitsbescheinigung des Kassenarztes gewährt.

Kassenmitglieder, die als erwerbsunfähig befunden werden, haben dies durch einen vom Arzt ausgestellten Krankenschein **sofort, spätestens am nächstfolgenden Tage in der Kasse zu melden.**

Die Kasse ist für den Verkehr nur vormittags von 8 bis 1 Uhr geöffnet.

Vorstehende Maßnahmen treten am 27. Januar 1924 in Kraft.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Stendal.

Im Auftrage: **W. Gädicke**, Vorsitzender.

Marder-, Iltis-, Fuchs-, Maulwurf-, Hasen- und Kaninchen- Felle

sowie alle andern Sorten Felle bezahlen sehr hoch

Gebr. Limmer, Schwertfegerstr. 13

CIRCUS HENNY

Blumenfeld-Gebäude
Telephon 3224

Nur noch bis Donnerstag

Der Eisenkönig

ZENTRAL

7½ 7½

Täglich
Der größte Lacherfolg seit Jahren!

Der Fürst von Pappenheim

3½ Sonntag 7½

7½ 7½

ZENTRAL

Nur bis inkl. Donnerstag

zeigen wir den

Schlußteil

des gewaltigen Meisterwerks

Tragödie der Liebe

Fylli

Mia May
Emil Jannings
Erika Glässner

Derselbe ist die Krone der bisherigen Filmschöpfungen, und mit Unerbittlichkeit verfolgt man das Schicksal der einzelnen Menschen, die gefangen in Liebe und Leidenschaft, im Strudel des Lebens untergehen.

Im Beiprogramm

Chaplin im Hühnerstall u. Die weiße Welt

Beginn: Wochentags ½5, Sonntags ½3.

Scala

Sudenburg,
Halberstädter Straße 54

Das wundervolle Programm

Bruno Kastner

in

Der bekannte Unbekannte.

Ferner:
2 tolle amerikanische Grotesken

Kindes-Unterschiebung

und

Die Schneekur.

Beginn: Wochentags 6, Sonntags ½5 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Januar 1924.

Gemütsathleten.

Weit über Magdeburg hinaus erregte die Entlassung eines Buchdruckers, der 49 Jahre lang in einer Magdeburger Großdruckerei gearbeitet hatte, Aufsehen und Erbitterung. Wer aber glaubt, daß nur in privatkapitalistischen Kreisen Gemütsathleten vom Schlage dieses Magdeburger Druckereiunternehmers gedeihen, ist im Irrtum.

Bei Beginn der Abbauerei geschah es bei einer Eisenbahnbehörde in Buckau, daß die Witwe eines im Dienste tödlich verunglückten Eisenbahners, eine Frau mit mehreren Kindern, den Laufpaß erhielt, als sie aus der Lungenheilanstalt entlassen ihre Arbeit als Scheuerfrau wieder aufnehmen wollte. Aehnliche Streiche herzloser Bureaukratenseelen werden in der Arbeiterpresse täglich verzeichnet. In Königsberg z. B. wurde ein Mann entlassen, der 22 Jahre als Angestellter dem Staate gedient hat. Ueber seine Tätigkeit liegen ausgezeichnete Zeugnisse vor. So heißt es in einem vom Reichsverkehrsminister angeforderten Bericht vom 17. Mai 1921: „Die Entwürfe zeugten von zeichnerischer Gewandtheit, künstlerischen Fähigkeiten sowie von guten hochbautechnischen Kenntnissen, sie sind exakt und sauber ausgeführt. Die Leistungen sind nach jeder Richtung zufriedenstellend." Die Beschäftigung bei der Reichsbahnverwaltung bestand in der Anfertigung von Entwürfen zu Geschäftsgebäuden. Unter diesen Entwürfen befinden sich solche zum Umbau des Eisenbahn- und Verkehrsmuseums, zum Erweiterungsbau des Direktionsgebäudes in Königsberg, des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin usw.

Dem Manne halfen alle seine Kenntnisse und Fähigkeiten nichts — er war „freier" Angestellter, er mag sehen, wo er bleibt. In Neu-Isenburg wurde ein Eisenbahningenieur aufs Pflaster geworfen, der eine achtköpfige Familie zu ernähren hat. Was scheren sich die Bureaukraten um die Bestimmungen der Abbauverordnung, daß verheiratete Beamte mit größerer Kinderzahl erst als letzte abgebaut werden sollen!

Wie salbungsvoll wissen die Redner der bürgerlichen Parteien von der kulturellen Bedeutung des „neuen Mittelstandes" zu reden! Der ausgediente Buchdrucker, die lungenkranke Scheuerfrau, der Architekt und Eisenbahn-Ingenieur sie werden in diesen Tagen, da der Kapitalismus wahre Orgien von Brutalität und Rücksichtslosigkeit feiert, ganz gleich behandelt. Vier Typen — in den Reihen der Stempelnden, vor jedem Arbeitsamt sind sie in Massen zu finden . . .

Die Februar-Miete.

Der Magistrat erläßt eine Verordnung über die vom 1. Februar an zu zahlende Miete. Die einzelnen Bestimmungen entsprechen im wesentlichen der von uns schon mitgeteilten Bekanntmachung des preußischen Wohlfahrtsministers.

Bei Berechnung der gesetzlichen Miete sind wie üblich von der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 abzuziehen 20 Prozent für die in der Friedensmiete enthaltenen Betriebs- und Instandsetzungskosten, 1 Prozent für die in der Friedensmiete enthaltenen Abgaben für Treppenbeleuchtung, Treppenreinigung, Müllabfuhr Fahrstuhlbenutzung, Waschhausgeld. In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung werden für Sammelheizung — weil die Heizungskosten, die früher in der Miete lagen, jetzt besonders berechnet werden — 9 Prozent, für Warmwasserversorgung 3 Prozent abgezogen. Auf diese Weise wird die Papiermark-Grundmiete berechnet, die kaum noch in Frage kommt.

Zur Papiermark-Grundmiete kommen die Goldmark-Zuschläge. Diese Prozentzuschläge werden aber nicht berechnet nach der Grundmiete, sondern nach der Friedensmiete. Jedoch nicht nach der vollen Friedenshöhe, sondern nach Abzug von 1 Prozent für Treppenbeleuchtung usw., in Häusern mit Sammelheizung außerdem 9 Prozent. Die Magistratsverordnung bestimmt:

In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind nach wie vor die Kosten der Heizstoffe gemäß § 12 des Reichsmietengesetzes getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Muß in den bei der Berechnung der gesetzlichen Miete in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung nicht die Hundertsätze der vollen Friedensmiete der Papiermarkgrundmiete hinzuzurechnen, sondern es sind von der Friedensmiete wie bisher zunächst die darin enthaltenen Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung mit 9 Prozent und für Warmwasserversorgung mit 3 Prozent, ferner für in der Friedensmiete enthaltene Abgaben für Treppenbeleuchtung, Treppenreinigung, Müllabfuhr, Fahrstuhlbenutzung, Waschhausgeld festgesetzte 1 Prozent abzuziehen und erst von dem dann verbleibenden Betrag die festgesetzten Hundertsätze in Goldmark zu berechnen und der Papiermarkgrundmiete hinzuzuzählen.

Die Goldmark-Zuschläge betragen: Für Verwaltungskosten und Zinsendienst 5 v. H., für Betriebskosten 15 v. H. und für laufende Instandsetzungskosten einschließlich der Schönheitsreparaturen 10 v. H.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats gehören zu den Betriebskosten: die für das Haus zu entrichtenden Grund- und Gebäudesteuern, Entwässerungs- (Kanalisations-) Gebühren und Entgelt für Fäkalienabfuhr, Straßenreinigungsgebühren, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, die Kosten für Müll- und Schlackenabfuhr, die Kosten für die Treppen- und Flurbeleuchtung sowie für die Beleuchtung derjenigen Räume, die für die gemeinsame Benutzung der Mieter bestimmt sind (z. B. gemeinsamer Trockenboden, Waschküche, Keller), die Kosten für Versicherung gegen Feuer-, Glas-, Wasserleitungs-, Sturm- und Aufruhrschäden sowie auch Haftpflichtversicherung in ortsüblicher Höhe, die Kosten für Bürgersteig- und Straßenunterhaltung, die Kosten für die von einer Behörde zur Beseitigung einer Ansteckungsgefahr getroffenen Maßnahmen (z. B. Rattenvertilgung).

Weist der Vermieter den Mietern oder der Mietervertretung nach, daß der für die Betriebskosten festgesetzte Satz von 15 v. H. der Friedensmiete zur Deckung der von ihm zu zahlenden Beträge nicht ausgereicht hat, so ist er berechtigt, den fehlenden Betrag, höchstens jedoch weitere 3 v. H. der Friedensmiete nach dem Verhältnis der Grundmiete bei der nächsten Mietzahlung umzulegen. Kommen in einem Zahlungsabschnitt umlagefähige Betriebskosten nicht zur Umlage, so sind die hierdurch erparten Beträge bei der nächsten Mietzahlung in Anrechnung zu bringen. Hat der Vermieter umlagefähige Betriebskosten für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, so muß er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgte, auf die einzelnen Mietzahlungstermine verteilen.

Als Schönheitsreparaturen gelten: Das Tapezieren, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und Fenster, das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen.

In der Verordnung des Ministers, die wir veröffentlicht haben, war die Bestimmung enthalten, daß der Zuschlag für Instandsetzungsarbeiten auf 6 Prozent ermäßigt werden kann, wenn die Mieter die Schönheitsreparaturen selbst bezahlen. Diese Bestimmung ist durch eine neue Verfügung ergänzt worden. Danach bleiben die 10 Prozent für Instandsetzungsarbeiten dort bestehen, damit auch die Verpflichtung der Hauswirte, Schönheitsreparaturen ausführen zu lassen, wo bisher die Schönheitsreparaturen in den Zuschlägen enthalten waren. Das ist in Magdeburg der Fall.

Für die Berechnung der gesetzlichen Miete zwei Beispiele:

Wohnung ohne Sammelheizung und Warmwasserversorgung. Friedensmiete 200 Mark, hiervon ab 21 Prozent = 42 Mark, ergibt eine Papiermarkgrundmiete von 158 Mark. Bei der Errechnung der Zuschläge wird von der Friedensmiete 1 Prozent abgezogen für die Nebenleistungen = 2 Mark, es verbleiben 198 Mark. Die gesamten Zuschläge machen 30 Prozent, das sind 59,40 Goldmark, auf das Jahr berechnet.

Wohnung mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung. Friedensmiete 1000 Mark. Ab für Heizung 9 Prozent, bleiben 910 Mark. Weiterer Abzug von 21 Prozent verbleiben 718,90 Papiermark Grundmiete. Bei der Errechnung der Goldmarkzuschläge wird die Friedensmiete nach Abzug der 9 Prozent für die Sammelheizung genommen, es bleiben 910 Mark. Von diesen 910 Mark wird ferner abgezogen 1 Prozent für die Nebenleistungen, bleiben 900,90 Mk. Die Zuschläge von insgesamt 30 Prozent betragen nach dieser Summe berechnet, 270,27 Mark. Diese Summe wird in Goldmark bezahlt.

Bedeutung haben, wie schon gesagt, nur diese Goldmarkzuschläge. Mit der Berechnung der Papiermark-Grundmiete brauchte man sich nicht aufzuhalten. —

Vernichtete Arbeiterwohlfahrtsgelder.

Die Invalidenversicherung ist auf dem sogenannten „Kapitaldeckungsverfahren" aufgebaut. Von vornherein waren die Beiträge so hoch bemessen, daß die Landesversicherungsanstalten hohe Ueberschüsse erzielten, um das spätere Risiko an Renten und sonstigen Leistungen aus den Erträgnissen der Kapitalien zu decken. Die Renten wurden immer so niedrig gehalten, daß sie nicht entfernt zur Bestreitung des Lebensunterhalts eines Erwerbsunfähigen hinreichten. So kam es, daß die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in mehr als 30jähriger Sparsamkeit bis Ende 1922 ein Vermögen von 383 Millionen Mark zusammen hatte. Davon waren 86 Millionen Mark in Wertpapieren, 293 Millionen Mark in Darlehen und der kleinste Teil von 4½ Millionen Mark in Grundstücken und beweglichen Einrichtungen angelegt. Unter den früheren Verhältnissen hätten mit den Geldern riesige Leistungen vollbracht werden können.

Da kam die katastrophale Geldentwertung. Das gesamte Vermögen reichte nicht mehr dazu aus, um auch nur einen gewöhnlichen Brief zu frankieren. Die Darlehnsnehmer benutzten die leichte Gelegenheit, die geschuldete Summe zurückzuzahlen. Von 62 meist auf ländliche Grundstücke eingetragenen Hypotheken sind bis Anfang Oktober 1923 zusammen 56 zurückgezahlt worden, von 193 Schuldscheindarlehen, die meist an Gemeinden gegeben waren, wurden 152 zurückgezahlt. Wie Geheimrat Mölle in der letzten Jahresversammlung der Landesversicherungsanstalt ausführte, wurden noch eine Anzahl kleiner Darleben, um die Schererei damit loszubekommen, dadurch aus der Welt geschafft, daß sie im — Portobuch als Ausgabe gebucht wurden.

Eine ganz besondere Rolle spielten bei der Landesversicherungsanstalt die „Arbeiterwohlfahrtsdarleben". Die Anstalt war gesetzlich gezwungen, einen bestimmten Teil ihres Vermögens in Unternehmungen und Veranstaltungen anzulegen, die gemeinnützigen Charakter tragen und der werktätigen Bevölkerung vorteilhaft sind. Vorzugsweise kam hier der Bau von Arbeiterwohnungen in Frage. Bis Juni 1923 wurden für diese Zwecke 28½ Millionen Mark ausgeliehen. Davon kamen rund 20 Millionen Mark an Baugenossenschaften und Bauvereine, 3 Millionen Mark an Kommunalverbände, der Rest an Arbeitgeber und Versicherte. Außerdem wurden bis Juni 1923 zusammen 68 Rentengüter beliehen, 25 Millionen Mark für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, Volksheilstätten, Volksbädern, Wasserleitungen, Kanalisationen und ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen hergegeben usw.

Auch von allen diesen Darlehen ist der allergrößte Teil wieder zurückgezahlt worden. Beispielsweise sind von den zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gegebenen Darlehen 670 mit wertlosem Papiergeld zurückgegeben worden, so daß Anfang Oktober 1923 nur noch 28 solcher Darlehen bestanden, zum Teil weil das Porto nicht höher war als das Darlehen. So sind die Sachwerte schuldenfrei geworden und die Landesversicherungsanstalt ist um ihr Geld gekommen. Wie man täglich in den Zeitungen liest, suchen nun die „schuldenfreien" Grundstücksbesitzer meist erneut „Geldhypotheken". Vielleicht erhoffen sie abermaliges ähnliches „Glück". —

Die Verelendung der deutschen Bevölkerung.

Die Ziffern, die im In- und Ausland über die Not der minderbemittelten Bevölkerung bekannt sind, geben in der Regel immer noch kein klares und ausreichendes Bild über die ungeheure Verelendung breitester Schichten. Die Ziffern, die der Berliner Bezirk Wedding (ein rein proletarischer Arbeiterbezirk) für den 31. Dezember 1923 festgestellt hat, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit den ganzen ungeheuern Umfang deutschen Elends. Sie zeigen auch die außerordentliche Arbeitslast, die die Nachkriegsentwicklung den Kommunen auf sozialem Gebiet auferlegt hat.

Im Bezirk Wedding wurden am 31. Dezember 1923 bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 351 200 nicht weniger als 169 189 Personen unterstützt. Das ist bald die Hälfte der Bevölkerung! Die Unterstützungen verteilen sich auf 30 041 Erwerbslose, davon 18 025 Verheiratete zu vier Köpfen = 72 100, 12 016 ledige Erwerbslose, 7534 Sozialrentner, 3077 Almosenempfänger, 890 Pflegegeldempfänger, 935 Kleinrentner, 3729 einmalig Unterstützte, 743 Waisenkinder, 1998 Kriegsbeschädigte, 2580 Kriegerwitwen, 5587 Kriegerwaisen und 14 500 Kurzarbeiter zu vier Köpfen = 58 000. Wenn auch von diesen Ziffern die Ziffern der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter den Schwankungen der Konjunktur unterliegen und diese Ziffern glücklicherweise jetzt zurückgehen, so bleibt doch noch Elend genug übrig, das aus diesen nackten Angaben spricht.

Grauenhaft ist der Umfang des Kinderelends. Nach den Feststellungen der Bezirksfürsorgestellen sind von 8000 Säuglingen und Kleinkindern rund 6000 ohne zureichende Wäsche, 2000 ohne eignes Bett, die übrigen leiden durch fehlende Heizungsmöglichkeiten der Wohnungen und mangelnde Ernährung. Die private Hilfe durch Ausgabe von 700 Portionen Quäkerspeisung, wie die kommunale Milchverbilligung reicht keineswegs aus. Es fehlen für 3000 Kinder und für zirka 800 Schwangere medizinische Zusatznahrungsmittel. Allgemeine Zusatznahrung fehlt für mindestens 5000 Kinder.

Von den zirka 40 000 Schulkindern des Bezirks sind 25 000 (!) ohne ausreichende Bekleidung, für 15 000 fehlt Wäsche und warme Unterkleidung fast vollständig. Im Besitz von wetterfestem Schuhwerk ist nur eine geringe Anzahl. Diese Verhältnisse bringen Schulversäumnisse bis zu 10 Prozent der Belegungsziffern der Schule mit sich. Eine große Zahl der Schulkinder ist infolge all dieser Verhältnisse mit Hautkrankheiten und Ungeziefer behaftet. Unzureichend ist die Erholungsverschickung. 10 000 dringlich befundene Anträge müssen unberücksichtigt bleiben.

Besonders groß ist die Not der schulentlassenen Jugend, von der zirka 80 Prozent erwerbslos sind. Die Folge davon ist die Zunahme der Kriminalität und der Demoralisation in einem Alter, in dem die entstandenen Schäden fast nicht mehr gut zu machen sind. Bekleidung und Beschäftigung ist notwendig. Unterbringung auf dem Land ist zurzeit fast unmöglich.

Diese grauenhaften Ziffern zeigen die Verwüstung, die die Inflation in den Tiefen des Volkes angerichtet hat. Sie beleuchten die ungeheuern Aufgaben, die die Gemeinden heute zu bewältigen haben. Die Arbeiterschaft muß ihren ganzen Einfluß und alle Energie aufwenden, um den Gemeinden wieder zu wirklichem Leben und Blühen zu verhelfen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, segensreich für die Aermsten der Armen zu wirken. —

— **Genthiner Landfriedensbruchprozeß.** Der Erste Staatsanwalt Schütte stellte heute folgende Strafanträge: Kammrad 3 Jahre, Karstedt 2½ Jahre, Bierhals 1½ Jahr, Rae 9 Monate, Borchmann 7 Monate, Helmecke 8 Monate, Hallmann 1 Jahr 6 Monate: gegen Baake, Betenstehl, Tietz, Bethge, Stelle, Lambeck, Wilh. Schulze, Kowalski 6 Monate; gegen Leue, Hagendank, Sprindt, Hientzsch, Mosau, Hofmann, Rausch, Höhne, Paul Schul, Grashoff, Dalchau, Albrecht, Plata Wilke 5 Monate. Freisprechung für Reichard, Gabriel, Ehlert, Sander. —

— **Weltliche Schule Altstadt.** Eltern, denkt an die Versammlung am Dienstag den 29. d. M. bei Holtz, Tischlerkrugstraße, abends 7½ Uhr. (Kein Trinkzwang.) Referat: Lehrer Rötscher über „Das sittliche Erlebnis in der weltlichen Schule". —

— **Ein interessanter Filmvortrag.** Die zahlreichen Besucher, die am Sonntag vormittag den von der Magdeburger Volksbühne im Walhalla-Theater arrangierten Filmvortrag: Der Steinkohlenbergbau, seine Gefahren und deren Verhütung anhörten, hatten es nicht zu bereuen. Der Vortragende, Professor Wempe (Oldenburg), ein vorzüglicher Kenner des Bergbaues, verstand es in seinem fast zweistündigen Vortrage, unterstützt durch eine große Zahl guter Filmbilder, die Zuhörer zu fesseln. Nach einer allgemein gehaltenen Einleitung über die Bedeutung der Kohle für die deutsche Industrie, wurde sämtliche Maschinerien und Baulichkeiten über und unter Tage, die beim Steinkohlenbergbau Verwendung finden, im Film vorgeführt. Ganz besonders interessant waren die Abteilungen, in denen die Sicherheitsmaßnahmen und die sozialen Einrichtungen in den Bergwerken gezeigt und erläutert wurden. Allgemein wurde der Wunsch laut, derartige Kulturfilme öfter als bisher zur Vorführung zu bringen. —

— **Arbeitgeber und Kurzarbeiterunterstützung.** Zur Beseitigung von Zweifeln macht der Minister für Volkswohlfahrt, dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" zufolge, darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber auch nach den zurzeit gültigen Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge verpflichtet sind, die Errechnung und Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung auf ihre eignen Kosten vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, diese Verpflichtung der Arbeitgeber wiederum in das abgeänderte Gesetz aufzunehmen. Etwaigen Weigerungen der Arbeitgeber ist nachdrücklichst entgegenzutreten und durch die nachgeordneten Behörden dem Minister von solchen Vorkommnissen Mitteilung zu machen. —

— **Protest gegen den Schulabbau.** Am Sonntag den 20. Januar veranstaltete die Elternschaft von Magdeburg-Salbke eine Protestversammlung gegen den geplanten Schulabbau, die gut besucht war. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 20. Januar 1924, abends 7½ Uhr, im Saale der Saccharinfabrik überaus zahlreich versammelte Elternschaft der verschiedensten Weltanschauungen von Magdeburg-Südost erhebt eindringlich und mit voller Ueberzeugung Einspruch gegen den geplanten Schulabbau. Der Aufbau unsers Vaterlandes verlangt ein Geschlecht, das geistig und wirtschaftlich den schweren Aufgaben gewachsen ist. Der Schulabbau bedeutet jedoch für uns Kulturabbau. Wir fordern daher, daß unsrer Jugend gerade in der heutigen Schicksalszeit unsers Vaterlandes eine hochwertige Schulbildung zuteil wird." —

— **Die Einlösung der preußischen „Dollarscheine".** Nach einer Zeitungsmeldung hat die Reichspost sämtlichen Postanstalten die Weisung zugehen lassen, die preußischen Notgeldscheine nicht mehr als Zahlung anzunehmen. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" schreibt, beschränkt sich die Anweisung der Reichspost auf die Notgeldscheine über 4.20 Goldmark, die sogenannten Dollarscheine. Das übrigen preußische Notgeld wird nach wie vor von den Postanstalten in Zahlung genommen. Vorwürfe wegen jener Anordnung der Reichspost sind unangebracht, weil der preußische Finanzminister die Dollarscheine mit sofortiger Wirkung zur Einlösung aufgerufen hat. Die Maßnahme der Reichspost ist eine natürliche Folge des Aufrufs des preußischen Finanzministers. —

— **Die Pensions- und dergleichen Zahlungen** an die in Magdeburg wohnenden ehemaligen Offiziere, Sanitätsoffiziere, Militär- und Marinebeamten, Beamten aus dem Bereich des Reichsarbeitsministeriums, ehemalige elsaß-lothringische Beamten, Wartegeldempfänger, Wehrmachtversorgungsberechtigten, pensionsberechtigten ehemaligen Kapitulanten, mit 18- oder 25jähriger Dienstzeit, und an die Hinterbliebenen der vorgenannten Empfänger für die erste Februarhälfte erfolgen am Freitag den 1. Februar von 10 bis 2 Uhr — nicht am 31. Januar — durch das Versorgungsamt Magdeburg, Kaserne Ravensberg, zwei Treppen, wie bisher, nach den Anfangsbuchstaben A bis F auf Zimmer 144, G. H. J auf Zimmer 103 K. L. U bis Z auf Zimmer 98, M bis R auf Zimmer 99, S. T auf Zimmer 100. Die Uebersendung der am Zahltage nicht abgeholten Beträge erfolgt durch die Post am 3. Februar. —

— **Geheimnisvoller Mord.** Am 2. d. M. wurde auf der Zechower Feldmark bei Sandsberg an der Warthe ein unbekannter Mann bewußtlos aufgefunden. Er starb bald, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Weil keinerlei Anhalt für ein Verbrechen vorlag, wurde der Tote als unbekannt beerdigt. Jetzt ist es gelungen, seine Persönlichkeit festzustellen. Es handelt sich um einen 30 Jahre alten Kaufmann und Ingenieur Herbert Lüdeke aus Berlin. Lüdeke war bis Ende vorigen Jahres Ingenieur bei der Landlichtspiel-Aktiengesellschaft. Mit Beginn des neuen Jahres sollte er Mitdirektor der Mitteldeutschen Landlichtspielgesellschaft in Magdeburg werden. Am 1. Januar geleitete er seine Frau von der Wohnung nach dem Bahnhof. Sie fuhr allein nach Halle. Beim Abschied äußerte Lüdeke, daß er noch am selben Nachmittag seine neue Stellung in Magdeburg antreten werde. Dort ist er aber nicht mehr erschienen. Es ist noch ganz unerklärlich, wie der Mann auf die Zechower Feldmark gekommen ist. Ebenso unaufgeklärt sind die Motive des Verbrechens. —

— **Entgleister Straßenbahnwagen.** Zu dieser Notiz in Nr. 21 der „Volksstimme" vom 25. Januar wird uns geschrieben: Die Schuld an dem Entgleisen des Motorwagens 119 lag nicht an der Weichenstellung, der gleiche Wagen ist kurz vorher am Staatsbürgerplatz ebenfalls aus den Gleisen gesprungen. Die Schuld liegt an dem Wagen. Die Weichenstellung hat damit gar nichts zu tun. —

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Fortsetzung der Generalversammlung am Donnerstag 7½ Uhr bei Holtz, Tischlerkrugstraße. —

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Stadttheater. Dienstag (4. Abend): Der Schneemann, Abu Hassan, Die Durrenfee. — Mittwoch: Theaterkonzert. — Donnerstag (5. Abend): Der Barbier von Sevilla. — Freitag (6. Abend): Nebeneinander. — Sonnabend (7. Abend): Othello. — Sonntag, nachmittags 3 Uhr (Vorstellung für die Volksbühne, Gastspiel des Maskenwagens der Holtorfstruppe): Komödie der Irrungen; abends (Anfang aufgehoben): Carmen. —

Wilhelm-Theater. Dienstag (Vorstellung für den Beamtenbund): Der eingebildete Kranke, Eine Abrechnung. — Mittwoch (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Der Tartuff, Eine Abrechnung. — Donnerstag (Vorstellung für die Volksbühne): Eine Abrechnung, Der zerbrochene Krug. — Freitag (Vorstellung für die Volksbühne, Sondervorstellung): Der Bettelstudent. — Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die versunkene Glocke. — Sonntag (offene Vorstellung): Der Fall Kaiser. —

Zirkus Henny. Nur noch bis Donnerstag währt das Gastspiel mit dem Auftreten der neuen Attraktion „Der Eisenkönig". 2376

Kunstausstellung im Warenhaus Gebr. Batasch. Original-Radierungen von E. M. Lilien. Bis 29. d. M. verlängert. —

Organisations-Statut.

Die auf dem sozialdemokratisch-unabhängigen Vereinigungsparteitag 1922 in Nürnberg gewählte Kommission hat gemeinschaftlich mit dem Parteivorstand nachstehenden Entwurf ausgearbeitet, der dem Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eignen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Parteiämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 3 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindewahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Vorschläge für die Bezirks-, Kreis-, Provinzialvertretung und die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisation gemacht, von der Bezirksleitung aufgenommen oder abgelehnt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preußischen Mitgliedern des Parteiausschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der im Absatz 3 genannten Körperschaften.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe eines Wochenbeitrags.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelstunde entsprechen, für weibliche Mitglieder können niedrigere Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Internationale zu leisten.

Mitgliedern der Jugendorganisationen und weiblichen Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verausgabten Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Mindestens müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Zahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksverbände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalenderhalbjahres erfolgen.

Zur Deckung der laufenden Ausgaben für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen gesellschaftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinns an den Parteivorstand abzuführen.

Geschäftsführung.

§ 9. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Vierteljährlich, beginnend mit Ablauf des ersten Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Zahlen, politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Beträge und weiteren Berichte zu erstatten. Die Berichte werden dem Parteitag durch den Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Instanz der Partei. Er hat folgende Aufgaben:

1. Das von in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 200 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl. Für die im vorangegangenen Geschäftsjahr Mitgliedsbeiträge an den Parteivorstand abgeführt haben sind.

2. Der Vertreter der Jugendorganisation, die ein Zehntel der Zahl der Mitglieder wie Vertreter hat;

3. Der Mitglieder des Parteivorstands, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;

4. Der vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Jugendorganisation haben in allen die parteiamtliche und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen eine beratende Stimme. Zur beratenden Stimme haben sie vom Parteitag [illegible] Vertreter der Parteiangestellten.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschluß des Parteitags ist die Abgabe der Stimmen von mehr als der Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alle zwei Jahre ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Orte der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitags muß spätestens acht Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitags sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens 4 Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen hat.

Rüstet zum Wahlkampf!

Die Partei am Orte hat ab heute einen

Kampffonds

eingerichtet. Unsre Gegner rüsten seit mehreren Wochen ebenfalls und sammeln Gelder, um den Wahlkampf in heftigster Weise führen zu können. Deshalb sollte jeder, der in der Lage ist, Geld abführen zu können, dem Wahlfonds Gelder zuführen.

Gelder nimmt entgegen das Parteisekretariat, Gr. Münzstr. 3, II

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;

3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;

5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes;

2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;

3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrag stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisation sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitags im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage die selben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§ 10 und 11.)

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstande, der aus drei Vorsitzenden, drei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbeteiligten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eignen Namen und aus eignem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteifunktionäre beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern an den Landtagen und dem Reichstag mitzuwirken.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse darf ohne entscheidenden Beschluß des Vorstandes ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei empfehlen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anfertigen oder eine Auskunft oder Mitteilung über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Ebenso wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitags Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß.

§ 22. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. Sind im Bezirk mehr als 10000 weibliche Parteimitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen, vor der Einführung neuerer Parteiunternehmungen, die die Partei finanziell stark belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags sowie die Beschlüsse der Referenten und gibt dazu Richtlinien zur Stellungnahme ab.

§ 24. In der Regel alle Vierteljahre und im Bedarfsfall auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 25. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 26. Das Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 27. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 20 Mitgliedern bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 28. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder gemacht hat. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch sonstiges Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer andern politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie wirbt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses erfolgt durch den Bezirksvorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Solange über die Aufnahme eines Mitgliedes gemäß § 2 nicht endgültig entschieden ist, kann der Ausschluß durch eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgen.

§ 29. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählen der Angeschuldigte und antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeklagten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den Parteivorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 30. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 31. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 28 Absatz 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie einen dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweiligen Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidung steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 29 und 30 zu.

§ 32. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er einer gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 33. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 34. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berücksichtigt werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die neue Zahnbürste in Dr. Bahrs „Zahnpulver No. 2" einreiben, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordentlich sparsam ist — in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Großer Landfriedensbruchsprozeß.

(Fünfter Verhandlungstag.)

Es fehlte in der Sonnabend-Verhandlung vor dem Sondergericht nicht an spannenden Momenten. Aller Augen richteten sich zunächst auf Kammradt. Ist er verhandlungsfähig oder nicht? Er sah frischer aus, beteiligte sich auch etwas aktiver an den Verhandlungen als am Vortag. Eine weitere Gehlsdorfer Zeugin war erschienen, die den zweiten Brandstifter unter den Angeklagten heraussuchen sollte. Es gelang ihr ebensowenig wie der Zeugin am Freitag.

Dann folgten Entlastungszeugen für Kammradt und Raek. Vorweg Delegierte und Vorstandsmitglieder des Genthiner Gewerkschaftskartells. Das Gericht will feststellen, ob, wie die Anklage behauptet, diese beiden Angeklagten den verbotenen Umzug in Genthin veranstaltet und durch Brandreden die Arbeiter verhetzt haben, und ob sie, insbesondere Kammradt, dadurch intellektuelle Urheber des Landfriedensbruchs in Gehlsdorf sind. Den freien Gewerkschaftern folgen als Zeugen Mitglieder des Verbandes der Land- und Forstarbeiter. Die Verteidigung legt außerdem besondern Wert auf die Feststellung, daß der Landrat den Angeklagten Raek aufgefordert habe, beruhigende Worte an die Demonstranten zu richten.

Eine versprochene besondere Sensation blieb aus. Ein Belastungszeuge vom Freitag hatte einen Rittergutspächter als Zeugen dafür benannt, daß Kammradt die Landarbeiter aufgefordert hätte, sich selbst mit Vorräten zu versehen und das andre zu vernichten. Der Zeuge erschien und brachte als Kronzeugen gleich einen nichtorganisierten Landarbeiter mit, und, da die Sache dümmer wäre, als sie selbst die Kommunistische Partei erlaubt, erwies sie sich als eine feite Ente.

In diesem Prozeß stehen Aussage gegen Aussage, Eid gegen Eid. Der Landrat erklärte, er habe Raek nicht zum Reden aufgefordert, es sei ihm sogar unangenehm gewesen, daß dieser geredet hat. Die Gewerkschafter behaupten das Gegenteil. Die Belastungszeugen bekundeten, Raek habe in seiner Rede zu Gewalttaten aufgefordert. Die Gewerkschafter bestreiten das. Raeks Rede sei beruhigend und warnend gewesen. Ein gordischer Knoten für das Gericht. Alexander durchschlug einst einen solchen mit einem Schwertstreich. Das Magdeburger Sondergericht hat es nicht so bequem. Es muß ihn am Montag zu lösen versuchen. Ihm bleibt im Falle des Nichtgelingens nur der Ausweg: Im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten, auch wenn er Kommunist ist.

Freie Gewerkschafter als Entlastungszeugen.

Als erste Zeugin wird Frau Mierwald aus Gehlsdorf vernommen, die gesehen hat, wie ein Mann den zweiten Kornhaufen in Brand setzte und dabei rief: „Dem Hunde stecken wir alles in Brand!" (Es war kurz nach der Schießerei. D. R.) Den Mann kann sie unter den Angeklagten nicht entdecken.

Dann wird die Beweisaufnahme im Falle Kammradt-Raek fortgesetzt.

Zeuge Mauer ist Vorsitzender des Genthiner Gewerkschaftskartells. Er führte aus, daß er die vielgenannte Kartellsitzung am 10. August, die mehr eine Versammlung der gewerkschaftlichen Funktionäre war, nicht einberufen hat, sondern ein andres Vorstandsmitglied. Er wurde aber benachrichtigt und hat dann den Vorsitz geführt. Als Zweck der Versammlung führte Mauer an:

„Es war zur Zeit größter Volksnot, die durch eine in Genthin herrschende Zahlungsmittelnot noch verschlimmert wurde. Ehe die Arbeiter ihren Lohn in die Hand bekamen, war er schon entwertet. Die Erregung der Arbeiterschaft darüber war groß und verstärkte sich noch, als anläßlich des Landarbeiterstreiks Schutzpolizei in das friedliche Genthin verlegt wurde. Daher wurde das Kartell gedrängt, dazu Stellung zu nehmen, und so entstand die Funktionärversammlung. Aus der Mitte heraus wurde die Entfernung der Schutzpolizei gefordert und Maßnahmen zur Linderung der Notlage, besonders Beschaffung von Notgeld.

Eine Kommission wurde gewählt, die dem Landrat diese Forderungen unterbreiten sollte. Außerdem sollte sich die Versammlung darüber schlüssig werden, ob der Landarbeiterstreik von den Industriearbeitern unterstützt werden sollte oder nicht. Eine Demonstration zur Unterstützung dieser Forderungen wurde nicht beschlossen, sondern den Betrieben anheimgestellt, eine Urabstimmung darüber zu veranstalten, ebenso über einen Sympathiestreik zugunsten der Landarbeiter. Die Abstimmungsresultate darüber sollte eine Versammlung am Montag abend bei Kersten entgegennehmen. Gestreikt sollte am Montag nicht werden."

Ueber die Vorgänge vor dem Landratsamt am Sonnabend sagt Mauer aus:

Als wir von der Kommission mit dem Landrat verhandelten, kam die Demonstration. Wir gingen sofort herunter,

um die Demonstranten von der Straße zu bringen.

Als das nicht gelang, sprach der Landrat beruhigende Worte zur Menge und bat mich dann, ebenfalls zu reden, da er heiser sei. Ich sagte: „Lassen Sie doch lieber Raek reden." Meiner Ansicht nach war der Landrat damit einverstanden.

Landrat Dr. Venilage bestreitet das. Von Mauer hätte er den Eindruck gehabt, daß diesem die Demonstration peinlich war. Darum hätte er ihn, aber nicht Raek, aufgefordert zum Reden.

Bahnarbeiter Munk (Kartelldelegierter) bekundet, daß Raek versucht hat, beruhigend auf die Masse einzuwirken. Aehnlich sagt Zeuge Scharnetzki aus. Der Landrat hätte erst Mauer und dann Raek ersucht, zu reden.

Zeuge Rockrohr (Kartelldelegierter) hat den Auftrag, die Kartellsitzungen einzuberufen. Als ihn ein Delegierter zur Einberufung der fraglichen Sitzung aufforderte, lehnte er ab, weil er die Notwendigkeit dafür nicht erkennen konnte, da in der Notgeldfrage schon Schritte von den Gewerkschaften unternommen waren.

Zeuge ist dann in die von einem Vorstandsmitglied einberufene Sitzung, die mehr eine Gewerkschaftsversammlung war, gegangen. Er ergänzt Mauers Ausführungen dahin, daß er, Rockrohr, angeregt hat, nicht zu streiken, sondern die Landarbeiter lieber durch Geldzuwendungen zu unterstützen. Am Montag abend bei Kersten sollte nur das Abstimmungsresultat entgegengenommen werden. Infolge falscher Berichterstattung legte aber ein Betrieb schon am Montag vormittag die Arbeit nieder und riß die andern Betriebe mit sich fort.

Ferner sagt Zeuge Rockrohr aus, daß Kammradt die Industriearbeiter zur Solidarität aufgefordert und versichert hat, daß Notstandsarbeiten verrichtet werden sollen. Vom Vorstandstisch aus seien die Funktionäre darauf hingewiesen worden, daß Umzüge verboten sind.

Zwei Landarbeiter, Mitglieder des abgesplitterten Landarbeiterverbandes, bekunden, daß Kammradt die Streikpatrouillen immer ermahnt hat, Arbeitende mit gütlichen Mitteln zum Anschluß an den Streik zu bewegen.

Maurer Siering, Streikleiter der Industriearbeiter, und Arbeiter Leßmann (Kartelldelegierter) sagen aus, daß Kammradt als Zweck der Patrouillen angegeben hat, sie sollen aufklärend wirken.

Zeuge Ihlefeld (Kartelldelegierter) hat gehört, wie der Landrat sagte, Raek solle reden.

Der Landrat ruft: „Unwahrheit!",

worauf es zu einem heftigen Auftritt zwischen diesem und dem Verteidiger Samter kommt.

Zeuge Ihlefeld sagt weiter aus, daß Raek gesprochen hat, die Mißstände müßten beseitigt werden, sonst könne es so weit kommen, daß die Massen über die Köpfe der Führer hinweg aufs Land ziehen und dort Schaden anrichten auf Kosten der Allgemeinheit. Zeuge Becker macht die gleiche Aussage.

Rittergutspächter Rotnagel soll etwas über einen Vernichtungsbefehl Kammradts wissen. Er sagt aus, daß ihm zwei seiner Arbeiter mitgeteilt hätten, Kammradt habe ihnen empfohlen, sich zu nehmen, was sie brauchen und das andre zu vernichten.

Zeuge Lorek (einer von Rotnagels Arbeitern) hat von „vernichten" nichts gehört. Kammradt habe nur gesagt, wenn wir nichts zu essen haben, sollen wir uns etwas vom Acker holen. Lorek sagt weiter aus: „Radfahrer kamen auf unsern Acker und drohten, wenn wir nicht mitstreikten, bekämen wir welche mit dem Knüppel."

Die Verhandlung wird nach der Vernehmung des Polizeileutnants, der die Verhaftung der Angeklagten vornahm und die angefochtenen Protokolle anfertigen ließ, und nach der Verkündung des Gerichtsbeschlusses, daß der Haftbefehl gegen Helmecke und Bertge aufgehoben ist, auf Montag vertagt. —

Nachrichten aus der Provinz.

Keine Stillegung von Kleinbahnen.

In einer Kleinen Anfrage wurde auf die Gefahren für das deutsche Kleinbahnwesen hingewiesen, die durch die Aufforderung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen an die Leitungen der ihm angeschlossenen Bahnen, ihr gesamtes Personal zum 1. Februar d. J. zu kündigen, entstanden seien.

In seiner Antwort weist der Minister für Handel und Gewerbe, dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" zufolge, darauf hin, die Staatsregierung werde, falls die Gefahr einer umfangreichen Stillegung von Kleinbahnen eintrete, nicht zögern, in Ausübung ihrer Aufsichtsbefugnis das zur Aufrechterhaltung des Betriebes Erforderliche zu veranlassen. —

Kreis Wanzleben.

Wir sind gewappnet!

Die schwere wirtschaftliche Notlage, die gerade hier auf der Arbeiterschaft lastet, hat nicht hindern können, daß sich sozialdemokratische Funktionäre der Agitationsbezirke Wanzleben und Seehausen am Sonntag in Klein-Wanzleben einfanden, um neue Wege der Partei zu beraten. Es ist ein historischer Ort für die Arbeiterbewegung des Kreises, in welchem sich die Funktionäre der vollzählig vertretenen Ortsgruppen zu praktischer Arbeit, die als Auftakt zu den kommenden Wahlen betrachtet werden kann, einfanden. Man sah wieder einmal all die altbewährten, erprobten Kämpen der Sozialdemokratie beisammen; keiner wollte fehlen, in Zeiten schlimmster Not zu beweisen, daß sie fest und durch nichts in ihrer Ueberzeugung erschüttert, treu zur Partei stehen. Manch einer wird der Zeiten gedacht haben, in welchen es der Sozialdemokratie nicht möglich war, derartige fruchtbare Versammlungen in diesem Ort abzuhalten, noch dazu an einem Tage, der sicher mit Kanonenschüssen und anderm Unsinn begangen wäre — wenn das Geburtstagskind nicht ausgerissen wäre.

So konnte es eigentlich gar nicht anders sein, als daß die Konferenz von einem unerschütterlichen Glauben an den Sozialismus beseelt war, der all die kapitalistische Willkür — die sich gerade hier deutlich fühlbar macht — restlos beseitigen wird.

Landtagsabgeordneter Genosse Koch, der alte Bahnbrecher der Arbeiterbewegung im Kreise Wanzleben, schilderte, durch vorzügliches Material unterstützt, die uns zwangsläufig aufgezwungenen jetzigen Verhältnisse, die eine Folge der kapitalistischen Machterweiterung sind. Es ist eine ganz infame Lüge, wenn von politisch und gewerkschaftlich ganz Unerfahrenen der Sozialdemokratie die Schuld an der heutigen Wirtschaftskrise zugeschoben wird. Wer war es denn, der sich dem Volke zur Verfügung stellte, als die absolutistischen Machthaber am 9. November 1918 ihre Unfähigkeit, weiterregieren zu können, erklären mußten? Doch nur die Sozialdemokratie, die vorher bewußt von dem kleinsten Verwaltungsposten ferngehalten wurde! Sie war es doch, die den Mut aufbrachte, ohne Schulung, ohne vorbereitet und gar eingearbeitet zu sein, die Regierung eines völlig daniederliegenden Landes zu übernehmen. Heute ist es leicht, über die Fehler von Sozialdemokraten zu richten. An die viel größeren Fehler der früher Herrschenden scheint niemand auch nur zu denken.

Die Wahlen zur Nationalversammlung und die spätern zum Reichstag am 6. Juni 1920 haben eine bürgerliche Stimmenmehrheit gebracht; ein Beweis, daß die breiten Massen des werktätigen Volkes nicht genügend sozialistisch aufgeklärt und durchdrungen waren. Diese bürgerliche Mehrheit hat der Sozialdemokratie den Koalitionsgedanken einfach aufgedrungen. Wohin es geführt hat, als die Sozialdemokratie die Koalitionspolitik ablehnte, hat doch die Cuno-Regierung und der von ihr gemeinschaftlich mit der Großindustrie herbeigeführte Ruhrkampf bewiesen. An dessen Folgen leidet heute nur die Arbeiterschaft. Dieselben Hugenbergs, Stinnes und Klöckner, die bereits 1919 mit dem Gedanken einer Ruhrbesetzung spielten, haben die sozialistischen Vorschläge nunmehr anerkennen müssen und sich zu Verhandlungen mit Frankreich, die uns weit größere Lasten als vorher brachten, herablassen müssen.

Ganz unbegreiflich ist die Annahme, die Gewerkschaften hätten zur Abwendung der Notlage nichts getan. Im Gegenteil, die Herausgabe der wertbeständigen Zahlungsmittel ist doch nur dem starken Drucke des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes auf den Finanzminister Luther zu verdanken. Zum Schlusse forderte der Redner auf, fleißig die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse zu verbreiten, damit die Zahl der Unaufgeklärten immer geringer werde. Dann darf uns um die Zukunft der Arbeiterschaft nicht bange sein.

Reicher Beifall bewies dem Redner, daß sich die Funktionäre mit ihm einig fühlen. In der Debatte sprachen die Genossen Sieuscheck und Hahn (Kl.-Wanzleben), Peters (Domersleben), Thormeyer (Seehausen) und Buhtz (Eggenstedt). Alle wiesen auf die schwierige Notlage unter der Arbeiterschaft hin, die es mit sich bringt, daß nicht einmal die geistigen Bedürfnisse eines großen Teiles der Arbeiterschaft befriedigt werden können, weil ihnen, vor allem der Landarbeiterschaft, das Geld zum Halten der Arbeiterpresse fehlt. Einmütig bekannte jeder den Willen, mitzuhelfen am Ausbau der Partei durch Werbung neuer Mitglieder und Leser der „Volksstimme".

Landrat Genosse Kebling referierte sodann über die Kommunalpolitik. Er wies nach, daß von neuen, in die Verwaltung nicht eingearbeiteten sozialdemokratischen Gemeinde-

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Sie husten nun schon wochenlang. Wir raten Ihnen, in der Apotheke 50 Gramm echten Fenchel-Extrakt zu kaufen und durch Aufkochen mit 1/4 Pfund Zucker in 1/4 Liter Wasser eine preiswerte prompt wirkende Hausmedizin selbst herzustellen.

Der Schwärmer von Bazancourt.

Von Otto Thielemann.

(12. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Tür springt auf; Licht, Zigarrenrauch, Weinduft und Stimmen erfüllen aufdringlich die Küche.

„He, Mudder, ne Kaffeekanne, ne grote." Der Mann in heller Drillchjacke steht vor der eingesunkenen Frau und zeigt mit seinen Händen die Größe einer Kaffeekanne.

„De Olle will scharpen Kaffee hebben," wendet er sich erklärend an Vogelsang. Der sieht, daß die Frau ihn nicht versteht.

„Madame, er bittet Euch um eine große Kaffeekanne. Ihr habt wohl keine?"

„Dort unten in dem kleinen Schranke."

Vogelsang übersetzt. Der Bursche stürzt sich auf den Schrank und zieht aus bunten Tüchern eine Kaffeekanne mit Silberrand hervor. Wie liebevoll und abschiednehmend der Blick der Alten auf dem Schmuckstück ruht!

Vogelsang wendet sich ab. Die Brust wird ihm so eng.

Der Zwiebeldunst reizt seine Augen, sie werden feucht.

Da öffnet sich die Tür schon wieder. Ein Leutnant tritt heraus. Blutjung Litewka, besetzt mit blanken Knöpfen. Der Weingenuß gibt ihm ein frisches Aussehen. Er glüht wie eine Rose. Er geht mit lässiger Bewegung, fast ein wenig taumelnd.

Das Geräusch von gerückten Stühlen, vermischt mit Stimmen, dringt aus der Tür.

„Herr Hauptmann, darf ich mir erlauben? . . . Wo bleibt Musik? . . . Herr Kamerad, ach, wollen Sie nicht nehmen? . . . Zu liebenswürdig. . . . Herr Leutnant. . . ."

Ein Bursche schließt die Tür mit einer Armbewegung. Der Lärm, sofort gedämpft, wird übertönt vom Klappern und Fluchen in der Küche.

Der Leutnant tritt ins Dunkle, schöpft Luft und wandert schnell im Freien auf und ab.

Da wird die Tür von neuem aufgerissen. Energische Rufe werden laut.

„Wo bleibt Musik? Musik!! Herr Leutnant Schmalenbach . . . Herr Leutnant!"

Drei Stimmen rufen gleichzeitig auf den Hof: „Herr Leutnant!"

Erschrocken springt der kleine Leutnant herein, eilfertig rennt er durch die Küche und stößt den Mann in heller Drillchjacke heftig an. Der flucht, die Kaffeekanne wankt, stürzt vom Tablett und liegt mit klaffendem Kroch in vielen Scherben am Boden.

Aus der dunkeln Ecke zittert ein weher Aufschrei.

Die schwarze Kaffeelache an der Erde dampft.

„Nu mött he doch ut der lütchen drinken," sagte phlegmatisch der Bursche. Dann sucht er eine andre Kanne aus der Kaffeekiste. Herzzerbrechend jammert die alte Frau. Bittertliche Tränen fließen über die gehärmten Wangen.

Ihr Schmuckstück, die mit dem Silberrand, über vierzig Jahre behütet! Nur bei Familienfeiten wurde sie benutzt. Bei ihrer Hochzeit, zur Geburt des Sohnes, und dann noch alle Jahre dreimal. Ihr Stolz in Trümmern, achtlos mit Füßen zusammengetreten und aus dem Wege geschoben.

„Welch Unglück," seufzt der Alte. Verzweifelnd schüttelt er den grauen Kopf. Tiefer Kummer liegt in seinen Zügen.

„Mein Hof und keine Heimat . . . alles hin . . . kein Recht und keine Gerechtigkeit. O Gott im Himmel, was haben wir Armen dir getan? . . ."

Der kleine Leutnant hat sich nicht nach den Scherben umgesehen. Er riß die Tür auf und stürzte hinein. Man war sehr ungehalten. . . .

Hans Jäger kommt aus dem Raume.

„Nun, Bertram, wie gefällt Dir der Betrieb?"

„Fort, Hans, fort, den Jammer kann ich nicht mit ansehen."

„Der Alte ärgert sich nicht wenig. Er hat sich starken Kaffee brauen lassen."

„Hans, komm, ich bitte Dich. Ich halte es nicht mehr aus. Unser Elend ist groß, doch diese Leute leiden Ungeheures."

„Ach so, Du meinst die Flüchtlinge? Der Krieg ist grausam, ja. Es leiden Unschuldige mit den Schuldigen."

„Nur keine Redensarten, komm!"

Sie treten vor die Tür. . . . In das Winseln der beiden alten Ausgewiesenen mischt sich das trockene Hämmern des Klaviers:

„So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage. . . ."

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Schweigend steht Hans Jäger neben seinem erschütterten Freunde dem ruhenden Parke zu. . . .

Geheimnisvoll weht das Mondlicht aus unendlichen Fernen hernieder. . . .

Schweigen umfängt sie wie ein ewiges Rätsel. . . .

Größtes Rätsel der Erde bist, Mensch, du . . . Träume nicht, dich selbst lösen zu können, . . . dich löst nur die ewige Gottheit. Löst dich aus Qual und Verzweiflung, löst dich aus Irrsinn und Nacht, löst dich zu Staub und zu Asche. . . .

Planlos schreiten sie über weiche moosige Wege bis an das steil abfallende Ufer der Suippe. Wie graue Gespenster beben am Boden die Büsche. Unter dem Laube der vollen Rotbuchen liegen Schatten wie schwarze, kreisrunde Flecke. Uralte Eichen streicheln mit kröppligen Aesten hängende Weiden die silbrigen Zweige. Rumpelnd und rollend, verhallend und schwellend, trommelnd und dröhnend trägt zitternd der Wind die Kunde vom Kampfe durch die Nacht. . . . Wozu das dahinten? Warum töten Menschen Menschen? Aus niedriger Habsucht? . . . Sechzig und siebzig Jahre sind viel für den Mann. Und leben auch manche noch länger, einmal zerschneiden die Parzen den gleitenden Faden. Was nützt dir, o Mensch, dann dein Reichtum? Für wen raffiest du Schätze zusammen? Es lacht ihrer der Tod. Dich will er. Nur dich und deine geängstete Seele.

Und kommt dann die Stunde, in der deine Augen sich schließen, die Ohren lauschen auf das klirrende Schneiden der Schere der Unabwendbaren, dann bäumt du dich auf und suchst deine unsterbliche Seele. Zu spät. Sie kann dir nicht folgen. Erdrückt von Koffern und Kisten, von Truhen und Schränken, liegt sie am Boden und wimmert. Sie kann nicht mehr los. Du selbst hast sie begraben, beladen mit Flitter und Tand, mit gleißendem Gold und irdischen Kram; du hast sie erdrückt, als die ewige Gottheit im Frühling dich mit Jugend und Schönheit und Knospen bedachte, als sie mit reichlichen Händen im Sommer Rosen und Liebe ausstreute, als dir im Herbst Güte und Adel reifte wie süßester Wein. Zu spät. Du fandest nicht die Knospen, nahmst nicht die Rosen und brachst nicht den Wein. Du hingst in Eitelkeit und irdischer Sucht wie in stachligen Dörnern. Verloren ist das, was wirklich dein war. Nichts hast du sonst. Nicht einmal die Seele des geliebten Weibes oder deines Kindes gehört dir. Sie verlassen dich alle. Darum hüte die Seele und lasse die Güter. Verachte die Habgier. Sie vergiftet dein Herz und tötet Menschen im Krieg.

Oder tötet die Angst voreinander? Warum bedroht ihr euch? Hast du den Freund nicht nötig? Liebst du dein Weib? Schützt du den Bruder? Ist dir dein Kind nicht lieber als dein Leben? Ehrst Vater du und Mutter? Menschen, ihr alle seid Väter, Söhne und Freunde, Mütter und Töchter. Warum dann der Haß? Ist es nicht schöner, in Eintracht zu leben?

Milliarden Sterne flimmern im Aether, Millionen Jahre verwehen wie Luft; geduldig gleist durch die Jahre die Erde. Was bist du? Nur ein Hauch, Mensch, und dein Herz hat die Arbeit getan. Höre, noch klopft's, noch heute. Ob morgen?

Ist es nicht besser, es schlägt die jagenden Stunden in Freude? Es ist so leicht, sich zu freuen. Hüte die Seele! Einmal naht die klirrende Schere. Bald ruft dich die Gottheit und löst dich zu Asche und Staub. . . . .

(Fortsetzung folgt.)

vertretern, Stadt- und Kreistagsabgeordneten vielen, besonders auf dem Gebiete der Sozialfürsorge, geleistet worden ist. Viel mehr als in den letzten zehn Jahren vor der Kriegszeit die bürgerlichen Mehrheiten geleistet haben. Wenn trotz guten Willens nicht noch viel mehr auf allen Gebieten geleistet werden konnte, dann lag es an dem Geldmangel und sonstigen unüberwindlichen Schwierigkeiten. Daß es in einigen Fällen vorgekommen ist, daß Disziplinlosigkeit nach außen hin den Eindruck einer Uneinigkeit unter den Vertretern erweckte, mag Veranlassung sein, die Mandatträger für die nächste Wahl gründlich zu prüfen. Selbst wenn Zuläufer der letzten Jahre bei den kommenden Wahlen abspringen, muß doch in emsiger Kleinarbeit die Werbung und Schulung der Parteimitglieder erfolgen. Zuletzt wendete er sich gegen die Verdächtigungen, die oft gegen Arbeiterführer gebracht werden, deren Nachprüfung stets ihre Haltlosigkeit bewies. Vertrauen zu den erprobten Führern sei mehr denn je notwendig.

Genosse Schumacher besprach organisatorische Fragen und forderte auf, wieder die emsige Kleinarbeit von früher aufzunehmen, die Gewerkschaften und die Partei, die heute zur Partei der hungernden und bettelarmen Leute geworden ist, auszubauen, um einen erfolgreichen Wahlkampf gegen das reaktionäre Bürgertum führen zu können.

Klein-Wanzleber Genossen brachten einige Beschwerden über Erwerbslosenfragen vor, die zu klären vom Landrat versprochen wurde. Die Genossen Beddies (Wanzleben), Teichert (Seehausen) und Koch (Klein-Wanzleben) besprachen noch die kommunalen Aufgaben der Partei. Nach fast fünfstündiger Tagung konnte die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen werden. —

*

Groß-Ottersleben. Konsumgenossenschaftliches. Die Vergrößerung des Konsumvereins plant bekanntlich den Bau einer eignen Bäckerei, um durch Eigenproduktion preisregulierend wirken zu können. Um die Mitglieder wieder an den Brotverkauf zu gewöhnen, bezieht der Verein jetzt Brot von einer auswärtigen Firma, welches gut bekömmlich ist und vor allem ein reelles Gewicht hat. Dagegen soll das Brot von verschiedenen Bäckermeistern erhebliches Untergewicht gehabt haben, was auch nicht billiger verkauft wurde. Die hiesigen Bäckermeister sind über die Brotbeschaffung durch den Konsumverein sehr erbost, was zu verstehen ist, wenn man bedenkt, daß bisher die Bäcker als alleinige Brotverkäufer ohne Konkurrenz den Brotpreis festsetzten. Dem Konsumverein wäre daher zum Erfolg der Brotpreisherabsetzung der Dank der Bevölkerung auszusprechen, vor allem möchten wir nicht versäumen, die Konsumvereinsmitglieder aufzufordern, ihren Bedarf von Brot nur im Konsumverein zu decken. —

Groß-Ottersleben. Der Auftakt zur Wahl. Die stark besuchte Funktionärsitzung hörte das Referat des Genossen Dankert, mit welchem er die zurückliegenden und jetzigen Verhältnisse treffend skizzierte, an und besprach dann eingehend die Aufgaben im kommenden Wahlkampf. Der Agitation des Landwirtschaftlichen Vereins, der durch persönliches Bemühen beim Gemeindevorsteher die Grund- sowie Hundesteuer ermäßigt haben will und damit glaubt, kleinere Geschäftsleute und Handwerker vor seinen Karren spannen zu können, muß erhöhte Aufmerksamkeit gezollt werden. Dem vereinten Bürgerblock wird die geeinte Arbeiterschaft gegenüberstehen. Zur Besprechung der Kandidatenfrage für die Gemeindevertreterwahl wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Ferl, Lachmann und Andr. Niemann gewählt. Zur Neuwahl der Ortsgruppenleitung wurden Vorschläge an Stelle des Kassierers und des beruflich verhinderten Schriftführers gemacht. Eine längere Aussprache erforderte die Erwerbslosenfürsorge, wozu Genosse D. Heinemann einige Beschwerden vorbrachte. Ueber die verschiedenartige Behandlung christlicher und dissidentischer Familien seitens der Gemeindeschwester wurde ebenfalls Klage geführt und deren Prüfung vom Gemeindevorstand verlangt. —

Osterweddingen. Die Generalversammlung war gut besucht. Landtagsabgeordneter Genosse Kasten (Schönebeck) sprach über „Die kommenden Wahlen und sozialdemokratische Wahlpolitik". Zum Schlusse fordert der Referent eine emsige Agitationsarbeit für Partei und Presse in der kommenden Zeit. Darauf erstattete Genosse Kleinau Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verflossenen Jahre. Genosse Lübbe gab kurz den Kassenbericht vom letzten Jahre. In der Diskussion sprachen Wolf und Wasserthal. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Fr. Kleinau, Kassierer W. Lübbe, Schriftführer O. Görich, Beisitzer Rich. Held und K. Wasserthal, Revisoren A. Aicke und Rob. Sandring. Die Genossin Bauerling rügte die schlechte Beteiligung der Frauen in der Partei und ersuchte die Genossen, bei den Frauen mehr zu agitieren. Mit der Aufforderung, im kommenden Wahljahr tüchtig für Partei und Presse zu werben, schloß der Vorsitzende die Versammlung. —

Kreis Jerichow 1.

Burg. Die Gründungsversammlung des Arbeiterkonsumvereins zu Burg findet am Dienstag dieser Woche in Krauses Restaurant, Schwoner Straße, statt. Die Gründung einer Genossenschaft zum Nutzen der Arbeiterschaft ist eine unbedingte Notwendigkeit. Sämtliche Vorarbeiten sind getroffen und es liegt im eigensten Interesse der Arbeiterschaft, diese Gründung erfolgreich durchzuführen. Dazu ist notwendig, daß sich jeder Arbeiter in die Genossenschaft aufnehmen läßt. Zur Gründungsversammlung haben nur diejenigen Zutritt, die bereits Einzahlungen geleistet haben. Für Arbeitslose hat eine Beitrittserklärung Gültigkeit. Quittungen oder Beitrittserklärung ist vorzuzeigen. In der Zeit der wirtschaftlichen Krise ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft sich in Konsumgenossenschaften eng zusammenschließt, um durch billigen Wareneinkauf ihre Verhältnisse zu verbessern. Darum muß es sich jeder zur Pflicht machen, Mitglieder für den Verein zu gewinnen. — Neufestsetzung der Mieten nach dem Reichsmietengesetz. Wir verweisen auf die im Anzeigenteil abgedruckte Bekanntmachung des Magistrats über die ab 1. Februar d. J. geltenden neuen Zuschläge nach dem Reichsmietengesetz. Die neue Regelung weist gegenüber der bisherigen wesentliche Aenderungen auf. Die Umlageberechnungen fallen in Zukunft weg, an ihre Stelle sind bestimmte Prozentsätze vorherrschend für ganz Deutschland festgesetzt. In Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren werden die Zuschläge nicht mehr von der Grundmiete berechnet, sondern von der vollen Friedensmiete. Die sich dann ergebenden Beträge sind in Goldmark zahlbar. Der Prozentsatz beträgt 30 v. H. der Friedensmiete, wobei außerdem die Schönheitsreparaturen (Tapezieren, Anstreichen der Zellen der Stube und Decken, das Streichen der Fußböden und Fenster, das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Räumlichkeiten) zu Lasten des Mieters gehen, in bester Wohnung zu erfolgen. Für große Reparaturen kann das Mietamt einen Sonderzuschlag bis 3 v. H. der ebenfalls in Goldmark zu berechnen ist, festsetzen. Für z. B. eine Wohnung jährlich 200 Mark Miete gezahlt, so muß er heute 25 Prozent von 200 Mark = 75 Goldmark jährlich Miete zahlen. In diesem Betrag sind eigentlich noch die Grundsteuer in Höhe von 20 Goldmark inbegriffen. Da dieser Betrag prozentuell aber höher wird, so wird dringend empfohlen, von der Forderung auf Zahlung dieses Spitzenbetrages allgemein abzusehen. —

Stadtkreis Aschersleben.

Aschersleben. Bei den diesjährigen Feldarbeiten kann infolge der geschlossenen Gestaltung der neuen Arbeitszeit auch mit Dunkelheitsarbeiten angefangen werden. Es liegen von den Kreisen Gerardstedt in gut gemessenen Stoßen auf Bestellung des Lehrers. Das Gesetz enthält noch weitere Bestimmungen gegenüber der Arbeit. Die Firma wurde verpflichtet, den Lohn bis zum Tage der Entlassung fortzuzahlen. Die Bezirksstelle versucht jetzt durch zu erfahren, daß eine „Stillegung" des Betriebs vorgelegen habe. Bei einer Wahrung ist nach § 16 des Betriebsrätegesetzes die Zustimmung des Betriebsrats zur Entlassung von Betriebsratsmitgliedern nicht erforderlich. Dem müssen bei einer „Stillegung" zustimmen. Das Gesetz ist auch bei Betriebsstillegung der Betriebsrat entgegen. Das Gesetz hat auch Gründe nicht gelten. Es muß Stellung des Betriebs in es in Betriebsstillegung gar nicht gekommen. Auch die Aussperrung sei in Wirklichkeit nicht durchgeführt worden. Der größere Teil der Arbeiter sei ununterbrochen weiterbeschäftigt worden. Das wesentlichste aber sei, daß die Betriebsratsmitglieder trotz der künstlichen Betriebseinschränkung hätten weiterbeschäftigt werden müssen, sogar an ihren alten Arbeitsplätzen. Die Entlassung sei also nicht „erforderlich" gewesen, und darauf komme es an. Gerade bei Vorgängen, wie sie hier in Frage kommen, dürfe der Schutz der Betriebsratsmitglieder nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müsse ein tatsächlicher sein. — Eine ähnliche Klage richtete sich gegen die Firma Hammer u. Söhne. Diese hatte eine Anzahl Graveure entlassen, weil sie nicht länger als 8 Stunden arbeiten wollten. Der bestehende Tarif sah aber nur die 8stündige Arbeitszeit vor. Es kam ein Vergleich zustande, nach dem alle Entlassenen wieder einzustellen sind. —

Aschersleben. Eine Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung fordert 80 000 Mark für den Neubau von elf Wohnungen an der Baumgartenstraße. Eigentlich kosten sie 100 000 Mark, es sind aber noch für 20 000 Mark Ziegelsteine aus alten Ankäufen vorhanden. Die neuen Wohnungen sollen aus drei Räumen und Küche bestehen, einige wenige auch aus vier Räumen und Küche. Die Baukosten von 100 000 Mark sollen hauptsächlich durch Beiträge der Arbeitgeber im Wege des § 9a des Kommunalabgabengesetzes wieder eingezogen werden. Gegen das entsprechende Ortsstatut haben aber die Arbeitgeber Einsprüche erhoben, so daß jetzt der Bezirksausschuß darüber zu entscheiden hat. — Der Wohnungsbau soll überhaupt im Sommer fortgesetzt werden. Um Gelder dazu zu gewinnen, sollen von den vielen Hausgrundstücken, welche die Stadt besitzt, eine kleine Anzahl zum Verkauf gestellt werden. Der nächsten Stadtverordneten-Sitzung liegt eine entsprechende Vorlage vor. Nähere Auskunft erteilt das Bauamt. —

Altmark.

Arendsee. Zwei Pferde im See ertrunken. Der Grundsitzer Schernikau aus Kaulitz hatte Mittwoch nachmittag nach der Dampfschneidemühle Langholz zum Schneiden gefahren und war noch mit dem Abladen beschäftigt, als um 5 Uhr die Dampfpfeife Feierabend verkündete. Hierdurch erschreckt, rannten die beiden jungen Pferde mit dem Vordergestell des Wagens vom Holzplatz herunter, die Mühlenstraße entlang nach der Breiten Straße zu. Dann jagten sie den Seeweg hinab und direkt in den See hinein. Sprungweise ging es vorwärts bis die Pferde etwa 50 Meter vom Ufer entfernt den Grund verloren. Der dem Gespann sofort nacheilende Besitzer konnte gerade noch die Tiere versinken sehen. —

Stendal. Preise für Licht, Kraft, Strom und Wasser. Für 1 Kubikmeter Gas 27 Pfennig, für 1 Kilowattstunde Lichtstrom 50 Pfennig, Kraftstrom 32 Pfennig, die Treppenbeleuchtung für eine 16kerzige Lampe 1,25 Mark, für eine 25kerzige Lampe 1,50 und für Bedienung der Uhr 1,25 Mark monatlich, für 1 Kubikmeter Wasser 20 Pfennig. —

Westheeren. Eine männliche Leiche wurde hier aus einem Teiche gezogen. Feststellungen konnten noch nicht gemacht werden.

Tangermünde. Oeffentliche Volksbücherei
Knabenschulhaus Lindenstraße. Geöffnet Mittwochs 4–6 Uhr.

Kleine Chronik.

Das Spiel mit dem Wahnsinn. Einen recht heiteren Verlauf nahm in Berlin eine Verhandlung vor dem Amtsgericht gegen den Händler August Ossowski, der sich wegen Unterschlagung von 10 Millionen Papiermark zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte im April vorigen Jahres mit seinem Freund eine Bierreise gemacht. Dabei hatte der Freund, der stark angetrunken war, ihm 10 Millionen zur Aufbewahrung gegeben. Diese Summe hat Ossowski aber nicht zurückerstattet. Er will sie verspielt haben. Als in der gestrigen Verhandlung Amtsgerichtsrat Marggraf den Angeklagten vernehmen wollte, spielte sich folgende Szene ab: Vors.: Wie ist Ihr Name? — Angekl.: Ich bin der Fürst von Grunewald! — Vors.: Wieso denn? — Angekl.: Mir ist der Adel verliehen worden. — Vors.: Wie alt sind Sie denn? — Angeklagter: Genau werde ich 99 Jahre. — Vors.: Sie sind doch erst 1877 geboren. — Angekl.: Ausgeschlossen. — Vors.: Sind Sie schon bestraft. — Angekl.: Haben Sie schon erlebt, daß ein Fürst bestraft wird? — Der Vorsitzende stellte jedoch aus den Akten fest, daß der „Fürst" bereits sieben Jahre im Gefängnis gesessen hatte. Schließlich fand sich der angeklagte Irre, als er merkte, daß sein Verteidigungssystem nicht höher sei, in die Wirklichkeit zurück. Er gab zu, die 10 Millionen von dem Schlächter auf der Bierreise erhalten zu haben, zog unter allgemeiner Heiterkeit einen 10-Millionen-Schein hervor und überreichte ihn seinem Freunde mit der treuherzigen Bemerkung: „Na, Oma, damit ist die Geschichte doch noch erledigt." Der Verteidiger bezeichnete den Angeklagten als einen geistig minderwertigen Menschen, der an Größenwahn leide. Das Gericht erkannte schließlich auf 2 Monate Gefängnis. —

„So Mutter, der kann Dich nicht mehr schlagen." Der erste zurückhaltende Fall der Potsdamer Strafkammer in einem Schwurgerichtsverfahren kam kürzlich zur Verhandlung. Angeklagt war der 26jährige Arbeiter Karl Kutzbach aus Potsdam. Ihm wurde zur Last gelegt, seinen 47jährigen Vater, den Bäcker Friedrich Kutzbach, vorsätzlich, aber ohne Ueberlegung getötet zu haben. Der Angeklagte ist ein völlig verkommener Mensch. Jahrelang hat er zusehen müssen, wie sein Vater die Mutter in der brutalsten Weise mißhandelt hat. Am 21. Oktober vorigen Jahres kam der alte Kutzbach morgens 8 Uhr völlig betrunken nach Hause. Mit der Wirtschaft, wie Kartoffeln, Hammer und Kochtöpfe, flogen Mutter der Mutter her. Als diese in ein Zimmer flüchtete, stieß der Wüterich die Füllung der Tür ein und zerrte die Frau an den Haaren hervor. In ihrer Angst rief Frau Kutzbach zu ihrem Sohn in den Keller. Voller Wut über den trostlosen Anblick der Mutter stürzte der Sohn zu dem betrunkenen Vater ins Zimmer und hieb mit einem Hammer so lange auf den im Boden Liegenden ein, bis sein Schädel völlig zertrümmert war. Dann kehrte er zur Mutter zurück und sagte: „So, Mutter, der kann Dich nicht mehr schlagen." Dann stellte er dem Bruder seine Tat zur Verfügung, ging er die Tat unternommen zu. Als der Verteidiger den Strafmaß — 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust — des Staatsanwalts bekämpfte, kamen aus dem Publikum Kundgebungen. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte den Angeklagten zu zehn Jahren Zuchthaus. (!!) —

Vierzehn Tage im offenen Boote. Die Mannschaft des britischen Dampfers „Kosta", eines Schiffes von 510 Tonnen, wurde von einem Sturm, 1500 Kilometer von der Küste von Madagaskar entfernt, am 2. Januar überrascht und ist seitdem. Die Seefahrer sind jetzt, wie aus Port Louis auf Mauritius gemeldet wird, glücklich bei Tamatave auf Madagaskar gelandet. Die Schiffbrüchigen verbrachten 14 Tage in zwei offenen Booten auf dem Weltmeer und hatten furchtbare Entbehrungen und Gefahren auszustehen. Das Schiff war nach der Seychellen-Inseln unterwegs. —

2000 Arbeiter durch Fabrikbrand arbeitslos. In Mariendorf bei Berlin brach am Sonnabend morgen ein großes Feuer aus, das den größten Teil der Anlage der Gesellschaft für elektrische Apparatebau in Flammen legte. Trotz den Anstrengungen der zahlreichen Feuerwehren der Umgebung gelang es, ein Uebergreifen des Feuers auf die benachbarten großen Unternehmungen, so daß Gleichstrom der Transformatorenfabrik und auf die Motorenbauanstalt des Siemenskonzerns zu verhindern. Durch die Vernichtung der Fabrikanlage der Elektrischen Apparatebaugesellschaft ist der ganze Betrieb stillgelegt, so daß etwa 2000 Arbeiter von dem Unglück betroffen worden sind. Opfer an Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da der Brand ausbrach, ehe die Arbeit am Morgen aufgenommen wurde. —

Betrug an den Staßfurter Salzwerken. Aufsehenerregende Verhaftungen sind in Staßfurt erfolgt. Die Polizei verhaftete den Fabrikbesitzer Krüger, der für die Kalibergwerke in Staßfurt die Holzfässer lieferte. Weiter wurde der Ingenieur des Salzwerks Puschmann und ein Fabrikmeister verhaftet, da sie in dringendem Verdacht stehen, für den Fabrikbesitzer Krüger große Lieferungen verbucht zu haben, die gar nicht gemacht worden sind. Die Salzwerke wurden dadurch um beträchtliche Summen geschädigt. Weitere Verhaftungen stehen bevor. —

Verhaftung eines mehrfachen Mörders. Bei dem Versuch, seinen wegen Mordes an dem eignen Kinde verhafteten Bruder aus dem Gefängnis zu befreien, wurde in Moosburg (Bayern) der Schlosser Otto Klagebauer verhaftet. Im Verhör gab er zu, daß er gemeinsam mit seinem Bruder im Jahre 1920 die Dienstmagd Witwe Meyerstabler in Gregorsweier ermordet und ihr Anwesen in Brand gesteckt habe. Ferner gestand er, im Jahre 1922 gemeinsam mit seinem Bruder Karl den Gastwirt Kaltenmeier und den Zimmermann Schreck an der Amperbrücke ermordet zu haben. —

Volkssport.

Fußball.

Sturm 07 Magdeburg I gegen Sportklub Burg I (2:1, 1:0, Ecken 1:0). Es mögen 1500 Zuschauer gewesen sein, die am Sonntag in Burg auf dem Turnplatz dem Entscheidungskampf um die Bezirksmeisterschaft beiwohnten. Ein Kampf war es im wahrsten Sinne des Wortes, vom eleganten, flüssigen Fußball auf beiden Seiten keine Spur. Eine Kombinations-Mannschaft würde wohl auch stets den kürzeren bei den Entscheidungskämpfen ziehen, wenn der Gegner das robuste, wuchtige Spiel vorzieht. Von vornherein stand der Sieg auf des Messers Schneide, nur das allzu körperliche Spiel der Sturmmannschaft hinderte wohl den Sportklubsturm an der Ausnutzung günstiger Torgelegenheiten. Mit dem Anstoß Sportklubs setzt ein äußerst scharfes, flottes Spiel ein. Schon die 1. Minute zeigt, daß Sturm infolge seiner kräftigen Spieler alles daransetzt, das Spiel unter Ausnutzung der Körperkraft zu seinen Gunsten zu entscheiden. Linksaußen Burg wird schwer zu Fall gebracht, was dem ersten Läufer Sturms eine Verwarnung einbringt. Das Spiel liegt hoch, der Ball saust von Tor zu Tor. Trotzdem ist ein ruhiges Arbeiten von Sturm nicht zu verkennen, die Angriffe sind zwar wuchtig, aber planmäßig. Die Hintermannschaft des Klubs arbeitet schwer läßt aber den Gegner nicht zum Schießen kommen, stets fährt jemand im letzten Moment dazwischen. Eine gute Flanke von links Sportklubs die die Führung bringen mußte, verpaßt die Mitte. Zu derselben Minute saust beim Klub der Ball an die Querlatte. Die erste halbe Stunde ist um, Sturm wird leicht überlegen und kann sich vorm Gegnertor festsetzen. Ein scharfer Schuß wird vom Burger Torwart wohl gehalten, er läßt ihn aber noch schwach durch die Füße rutschen. (39. Minute.) Sturm liegt in Führung, das Spiel wird schärfer, Strafstoß auf Strafstoß, oft die Folge von Hand, wird verhängt.

Die zweite Halbzeit gehört mit wenigen Ausnahmen dem Sportklub. Das Drücken war oft vorm Sturmtor beängstigend. Trotzdem gelingt es dem Linksaußen Sturms nach einer Entlastung der Hintermannschaft Sportklub das zweite Tor in der 68. Minute einzuschießen. Wieder ist der Klub in Angriff, das Tor ist sozusagen in der Luft, eine Hand im Strafraum Sturms bringt die Entspannung. Der Elfmeter wird vom Sportklub scharf eingeschossen. Sturms Hintermannschaft arbeitet schwer, um das Gleichziehen zu verhindern. Ab und zu erfolgt ein Angriff auf das Sportklubtor, Erfolge bucht keine Partei mehr. Die Bezirksmeisterschaft ist entschieden.

Der Sieger gefiel mit Ausnahme des Torwarts restlos. Letzterer kann von Glück sagen, eine derartig gute Verteidigung vor sich zu haben. Sportklubs Hintermannschaft war dem Gegner mindestens ebenbürtig, wenn nicht besser. Einzig der Mittelhalf spielte in der ersten Hälfte aufgeregt. Im Sturm klappte es nicht besonders. Rechtsaußen viel zu langsam, Mitte hatte Lampenfieber, Halbrechts wohl der Beste im Sturm. Die linke Seite gut. Der Schiedsrichter (Kersten, Benneckenbeck) leitete zufriedenstellend, konnte jedoch von Anfang an mehr durchgreifen. Strafstöße inkl. Hand 15:7 für Sportklub. Der Platz war in denkbar bester Verfassung. —

Sportfreunde I gegen Eintracht 02 I (2:0, Ecken 4:0). Unter der korrekten Führung des Schiedsrichters Meinecke (Benneckenbeck) trugen beide Mannschaften ein Gesellschaftsspiel aus. Eintracht hat Anstoß und kommt bis zur Verteidigung, von wo der Ball bis zum Sturm befördert wird. Der anschließende Schuß landet in den Armen des Torwächters. Ein gutes Passen des Innensturms von Sportfreunde bringt denselben zum gegnerischen Tor, wo der Mittelstürmer an den ihn angreifenden Torwart vorbei zum ersten Tor einschießt. Durch gutes Verstehen bleibt der Platzbesitzer im Vorteil. Tüchtige Arbeit hat die Hintermannschaft von Eintracht, leistet sie aber gut. Mit der Zeit erzwingt Eintracht ein Mittelfeld viel. Eine todsichere Sache läßt Linksaußen (Sportfreunde) unausgenutzt. Auf der andern Seite bringt der Halblinke einen guten Schuß an den der Torwart zur Ecke lenkt. Die anschließende Ecke klärt Sportfreunde. Die 41. Minute bringt aus einem Strafstoß heraus durch die Mitte das zweite Tor. Kurz darauf verwirkt Eintracht einen Elfmeter, welcher vorbeigeschossen wird.

Die zweite Halbzeit bringt ein noch lebhafteres Tempo. Der Platzbesitzer hat dasselbe hohe Spiel angenommen wie die Gäste. Letztere können hauptsächlich nur Durchbrüche anbringen. 15 Minuten vor Schluß pfeift der Schiedsrichter das Spiel ab, da er von einigen Vereinsfanatikern des Vereins Eintracht als unfähig hingestellt wurde. Der Leitung des Vereins sei dieser Vorfall zur Untersuchung empfohlen. Nach Ansicht einiger Zuschauer ist nur tüchtiges „Knüllen" Fußballspiel. Wir haben eine andre Auffassung und hoffen, daß diese Zuschauer endlich einmal begreifen, was Sport und Leibesübung heißen!

Ballspielklub Magdeburg I gegen Jahn Gr.-Ottersleben I (0:2, 2:3). Am Sonntag, 27. Januar, standen sich diese Mannschaften auf dem Gemeindeplatz Groß-Ottersleben im Gesellschaftsspiel gegenüber. Mit dem Anstoß der Gäste entwickelt sich ein flotter Kampf. Jahn, mit Wind im Rücken spielend, wird gefährlich, jedoch die schlechten Platzverhältnisse führen dazu, daß manche sichere Sache verfehlt wird. In der 15. Minute kommt Jahn aus einem Strafstoß heraus in Führung, welcher vom Gästetorwart gehalten aber dann durch den Halblinken Jahns durch Nachsetzen eingesandt wird. Bald darauf sendet Jahn nach guter Vorlage durch seinen Halbrechten das zweitemal ein. Nach Seitenwechsel drückt Ballspielklub mehr und kann in der 60. Minute das erste Tor erreichen, aber auch Jahn kann nach gutem Durchbruch ein weiteres Tor erzielen. Die Gäste können noch einmal erfolgreich sein und erzielen in der 75. Minute ihr zweites Tor. War das Spiel bisher schön zu nennen, war es jetzt das Gegenteil und artete aus, zumal der Schiedsrichter nicht sofort eingriff.

Freie Turner Bennecken beck I gegen Borussia I (1:2, 1:0, Ecken 4:5). Mit reichlicher Verspätung pfiff der Unparteiische Beige (Sportfreunde) das Spiel an. Bennecken beck spielt mit Wind und läßt die Gäste bis Halbzeit kaum aus ihrer Spielhälfte heraus. Bennecken becks Mittelstürmer kann in der 44. Minute endlich jenen Vorsprung in Führung bringen. Nach Halbzeit war es umgekehrt. In der 66. Minute verwandelt Rechtsaußen von Borussia ein durch Hand verwirktes 11-Meter. Kam auch Bennecken beck des öfteren vor das Gästetor, zu einem Erfolg langte es bis Schluß nicht mehr. Die Gäste können dann durch ihren Mittelstürmer kurz vor Schluß den Sieg erringen.

Vorher spielten die zweiten Mannschaften genannter Vereine mit einem Siege von 5:2 für Borussia. —

Sportnotizen.

Arbeiter-Boxsport. Am Freitag abend wurde in den Sudenburger Festsälen die Bezirksmeisterschaft des Magdeburger Bezirks ausgetragen. Im Ring trafen sich die Mannschaften Adler 1908 Magdeburg, Vorwärts Sudenburg. Bei der Adler-Mannschaft ließ die gewohnte gute Besetzung in einigen Klassen zu wünschen übrig. Fast sämtliche Kämpfe wurden mit zäher Ausdauer und äußerster Energie durchgeführt. Ein besonderes Lob gebührt hier der jungen Vorwärts-Mannschaft. Die überlegene Technik einiger Adler-Leute, welche sich besonders in zwei Niederschlägen bemerkbar machte, trug jedoch einen knappen, aber sichern Sieg (5:4) davon. Die zahlreichen Zuschauer verfolgten mit lebhafter Anteilnahme und höchstem Interesse den Verlauf der Kämpfe. Es berührte wohltuend, daß die Haltung des Publikums im Gegensatz zu andern ähnlichen Veranstaltungen mustergültig war. Der Ringrichter schien allen Situationen nicht ganz gewachsen. Die Punktrichter waren einwandfrei. —

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung die Zeile 20 Goldpfennige aufgenommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Magdeburg. Am Dienstag den 29. Januar, abends 7½ Uhr Generalversammlung in der Schule Magdalenenberg. [513

Rieterverein, Ortsgr. Süd. Generalversammlung am Mittwoch den 30. Jan., abds. 7 Uhr, in der Aula der Luisenschule, Breiter Weg 199/200. [512

Wasserstände.

			Fall	Wuchs				Fall	Wuchs
	Elbe.					**Mulde.**			
Pardubitz	27. 1.	—	—	—	Düben	27. 1.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—		**Saale.**			
Melnik	„	—	—	—	Grochlitz	28. 1.	—	—	—
Leitmeritz	„	+ 0,20	—	—	Trotha Pkp.	„	—	—	—
Aussig	„	+ 0,49	—	—	Bernburg Pkp.	„	+ 1,61	0,06	—
Dresden	„	— 0,75	—	—	Kalbe Oberpeg.	„	+ 1,82	0,05	—
Torgau	„	+ 2,48	0,02	—	Kalbe Unterpeg.	„	+ 2,50	0,26	—
Wittenberg	„	+ 3,25	—	—	Grizehne	„	+ 2,70	0,48	—
Roßlau	28. 1.	+ 2,71	—	0,10		**Havel.**			
Aken	„	—	—	—	Brandenburg Oberpegel	27. 1.	+ 2,21	—	—
Barby	„	+ 3,36	—	0,02	Brandenburg Unterpegel	„	+ 1,14	—	—
Magdeburg	„	+ 2,92	0,02	—	Rathenow Oberpegel	„	—	—	—
Tangermünde	27. 1.	+ 3,53	—	—	Rathenow Unterpegel	„	—	—	—
Wittenberge	„	+ 3,21	—	—	Havelberg	„	+ 2,81	—	—
Lenzen	„	—	—	—					
Dömitz	„	—	—	—					
Dorchen	„	—	—	—					
Boizenburg	„	—	—	—					
Hohnstorf	„	—	—	—					

Wettervorhersage.

Dienstag den 29. Januar: Vorübergehend aufklarend und etwas kälter, später wieder milder und Regen. —